

Stand: 20.04.2026 06:20:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/12245

"Für eine Corona-Strategie mit Augenmaß und Weitblick"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/12245 vom 08.01.2021
2. Beschluss des Plenums 18/12250 vom 08.01.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 68 vom 08.01.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Ruth Waldmann, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen** und **Fraktion (SPD)**

Für eine Corona-Strategie mit Augenmaß und Weitblick

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Noch immer gibt die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie in Bayern und Deutschland, aber auch europa- und weltweit großen Anlass zur Sorge, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der kürzlich entdeckten, deutlich ansteckenderen Virus-Variante B.1.1.7. Zur nachhaltigen Eindämmung des Infektionsgeschehens ist daher eine Verlängerung von Lockdown-Maßnahmen über den 10. Januar 2021 hinaus notwendig und richtig.

Die Beschlüsse des bayerischen Kabinetts vom 6. Januar 2021 lassen jedoch in Teilen das erforderliche Augenmaß ebenso vermissen wie das Bemühen um Perspektiven über den Januar hinaus. Beides ist von großer Bedeutung, um Solidarität, Vertrauen und Akzeptanz der Bevölkerung weiterhin aufrechtzuerhalten.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, insbesondere folgende Maßnahmen zügig zu ergreifen:

I. Bayerische Infektionsschutzmaßnahmen anpassen

1. Die Regelung, wonach in Landkreisen und kreisfreien Städten mit einer 7-Tage-Inzidenz von über 200 Fällen pro 100 000 Einwohner das Entfernen vom Wohnort über einen Umkreis von 15 Kilometern um den Wohnort hinaus weitgehend untersagt werden soll, wird zurückgenommen.
2. Die bereits im Ministerrat vom 14. Dezember 2020 beschlossene Einführung einer landesweiten nächtlichen Ausgangssperre von 21 bis 5 Uhr wird auf ihren Beitrag zur Eindämmung der Virusausbreitung überprüft und ab dem 11. Januar 2021 als optionales Instrument auf Landkreise und kreisfreie Städte mit einer 7-Tage-Inzidenz von über 200 Fällen pro 100 000 Einwohner begrenzt.
3. Die bisherigen Regelungen zu den Kontaktbeschränkungen sollen bestehen bleiben.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine konsequentere Umsetzung und ggf. auch Ausweitung der Maskenpflicht zu prüfen, insbesondere bei Präsenzarbeitsplätzen, bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Einzelhandel und im Handwerk sowie im innerstädtischen Bereich (davon ausgenommen sein soll der Fahrradverkehr auf Straßen und eigens gekennzeichneten Wegen).
5. Die Unternehmen werden aufgefordert, die Möglichkeiten zum Homeoffice, wie schon im März 2020, umfassend zu nutzen. Es muss gute Gründe geben, wenn es nicht möglich ist, Homeoffice anzubieten. Die Politik hat viele Maßnahmen ergriffen, um Unternehmen in der Pandemie zu unterstützen. Jetzt gilt es, die Menschen in der Bekämpfung der Pandemie zu unterstützen.

6. Grundsätzlich ist jede Einzelmaßnahme auf ihre konkrete Wirksamkeit zur Pandemiebekämpfung hin zu überprüfen und strikt der rechtsstaatliche Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

II. Chaos bei der Corona-Impfung beseitigen

1. Die Staatsregierung hat eine bayernweit einheitliche Impfstrategie (Organisation, Vorgehen und Kommunikation bzgl. Impfterminen etc.) vorzulegen, die den regionalen Flickenteppich zügig und verlässlich beendet.
2. In diesem Kontext ist allen voran - erforderlichenfalls gemeinsam mit dem Bund – ein möglichst konkreter Zeitplan für die verschiedenen Impfphasen auszuarbeiten sowie präzise darzulegen, wie die in der Coronavirus-Impfverordnung festgelegte Priorisierungsliste der unterschiedlichen Personengruppen umgesetzt und eine zügige Durchimpfung aller, die sich impfen lassen möchten, gewährleistet werden kann.
3. Um der Verunsicherung gerade vieler älterer Menschen und Risikopatientinnen und -patienten entgegenzuwirken, ist die ausgearbeitete Strategie transparent und nachvollziehbar zu kommunizieren (erforderlichenfalls auch mehrsprachig sowie in einfacher Sprache).

III. Bildungsgerechtigkeit sicherstellen

1. Zum Schulstart im Distanzunterricht sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um für jede Schülerin und jeden Schüler ein digitales Endgerät, Zugang zu schnellem Internet und Zugang zu den Lernplattformen zu gewährleisten.
2. Es muss systematisch erfasst werden, wie der Zugang zur technischen Infrastruktur für jeden einzelnen Schüler und jede einzelne Schülerin konkret gewährleistet wird. Daran anknüpfend muss ein individuelles Lernprogramm für den Distanzunterricht zur Verfügung stehen, das auch die Grundlage für den Förderunterricht in der kommenden Präsenzphase ist. Die organisatorischen, finanziellen und personellen Vorbereitungen für diesen Förderunterricht müssen schon jetzt getroffen werden.
3. Zudem hat sich die Staatsregierung dafür einzusetzen, dass der auf Bundesebene beschlossene Sonderurlaub auch für Familien garantiert wird, die ihre Kinder derzeit bewusst nicht in die Notbetreuung geben.

IV. Perspektiven für die bayerische Wirtschaft schaffen

1. Der Landtag begrüßt, dass es dem Einzelhandel künftig ermöglicht werden soll, unter Wahrung von Schutz- und Hygienekonzepten sogenannte click-and-collect- oder call-and-collect-Leistungen (d. h. die Abholung online oder telefonisch bestellter Ware) anzubieten.
2. Die Zeit des Lockdowns ist darüber hinaus aber auch dringend dafür zu nutzen, um szenarienabhängige Öffnungsperspektiven zu erarbeiten. Hierzu bedarf es einer Analyse, welche Vorgaben im Einzelhandel sich unter Infektionsschutzgesichtspunkten bisher bewährt und welche Maßnahmen sich als nicht zielführend erwiesen haben. Dabei gilt es auch, die Frage nach einer verbesserten Durchsetzung zu klären, bspw. durch Einführung eines Hygienesiegels sowie verbesserte Hilfestellungen bei der Durchsetzung der Vorgaben. Analog sind auch für den Gastronomie-, den Hotellerie-, den Kultur-, den Bildungs-, den Sport- und den sozialen Bereich entsprechende Öffnungsperspektiven zu erarbeiten.
3. Zur Belebung der Innenstädte ist ein beim Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie anzusiedelndes Aktionsbündnis einzuberufen, das in einem ganzheitlichen und zukunftsorientierten Ansatz alle beteiligten Akteure zusammenbringt und insbesondere zusätzliche Nutzungskonzepte und weiterführende Quartiersentwicklung näher beleuchtet. Darüber hinaus bedarf es einer verstärkten finanziellen Unterstützung der Kommunen durch ein Förderprogramm zur Belebung der Innenstädte.
4. Da im Wettbewerb mit den globalen Online-Plattformen lokal gebündelte Angebote dringend erforderlich erscheinen, wird die Staatsregierung aufgefordert,

ein staatliches Programm zur verstärkten Förderung von regionalen Internetplattformen für den Onlinehandel auf den Weg zu bringen.

Zudem bekräftigt der Landtag die bereits in mehreren Initiativen thematisierte, gleichsam unverändert dringliche Notwendigkeit begleitender Maßnahmen zur sozialen Abfederung, um bspw. negative Folgewirkungen der pandemiebezogenen Maßnahmen auf die physische und psychische Gesundheit von Menschen zu verhindern.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Ruth Waldmann, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Ruth Müller, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/12245

Für eine Corona-Strategie mit Augenmaß und Weitblick

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Ministerpräsident Dr. Markus Söder
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Thomas Kreuzer
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Uli Henkel
Abg. Markus Plenk
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Gabi Schmidt
Abg. Florian Streibl
Abg. Christian Kligen
Abg. Maximilian Deisenhofer
Abg. Horst Arnold
Dritter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Martin Hagen
Abg. Bernhard Seidenath
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Christina Haubrich
Abg. Eva Gottstein
Abg. Margit Wild
Abg. Ralf Stadler

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten
zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und
Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**Corona-Infektionsgeschehen zwingt auch zu Beginn des Jahres 2021 zu weiterer
Geduld und Disziplin - Verlängerte und nachgeschärfte Maßnahmen zur
entschiedenen Senkung der Zahl der Neuinfektionen und für ein weiteres
Funktionieren des Gesundheitssystems ([Drs. 18/12242](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bayerische COVID-19 Impfstrategie optimieren ([Drs. 18/12243](#))

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-
Steiner, Ralf Stadler u. a. und Fraktion (AfD)**

Keine Abfrage des Impfstatus - Benachteiligungen verhindern ([Drs. 18/12244](#))

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Volkmar
Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)**

Für eine Corona-Strategie mit Augenmaß und Weitblick (Drs. 18/12245)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

Evaluation der Corona-Maßnahmen (Drs. 18/12246)

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Corona dominiert auch das neue Jahr 2021, genauso wie das letzte Jahr. Die Lage ist unverändert ernst, und das bleibt auf absehbare Zeit leider auch so. Jeder, der meint, die Corona-Zeit sei bald vorbei, der irrt leider. Ich befürchte, es geht noch länger.

Hier im Bayerischen Landtag haben wir bereits vor Weihnachten umfangreiche Maßnahmen beschlossen, wie überall in Deutschland. Diese Maßnahmen zeigen Wirkung, vorsichtig, aber sie zeigen Wirkung.

(Zuruf)

Die Infektionszahl in Bayern, heute vom LGL benannt, liegt bei 3.663 Fällen. Das sind deutlich weniger Fälle als vor einer Woche, vor allem aber sind es deutlich weniger als der Höchststand, den wir mit 6.000 Fällen hatten. Die Inzidenz ist laut RKI in Bayern vom Höchststand bei 217 auf heute 136 gesunken. Auch in einigen Hotspots haben wir Gott sei Dank Entlastung bekommen, so beispielsweise in Hof, Passau oder Regen. Anderenorts gehen die Zahlen dagegen wieder etwas hoch. Wir haben eine sehr volatile Lage. Im Moment sieht es so aus, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass noch 17 Regionen in Bayern einen Inzidenzwert über 200 haben, zwei davon sind bei über 300. Das heißt, der Zwischenstand nach einigen Wochen ist: Ja, es gibt Hoffnung, und was wir tun, ist nicht umsonst. Wir alle wollen, dass das noch weitergeht, dass die Infektionszahlen und die Inzidenzen weiter nach unten gehen.

Aber dafür gibt es keine Garantie. Deshalb müssen wir weiter dafür arbeiten, und wir müssen noch mehr tun.

(Zuruf)

Die Zahl der Todesfälle ist erschütternd, meine Damen und Herren. In Deutschland haben wir heute eine neue Rekordzahl gesehen; sie liegt bei fast 1.200 Toten. Laut LGL liegt sie in Bayern bei 164. Das bedeutet, in Deutschland stirbt umgerechnet in weniger als alle zwei Minuten ein Mensch, in Bayern alle elf Minuten. Ich sage es sehr deutlich: Wenn man versucht, das statistisch auszuwerten, dann sind in circa 70 % aller Todesfälle in Bayern die Verstorbenen über 80 Jahre alt – ja, das ist eine ganz bestimmte Altersgruppe –, aber 30 % sind unter 80 Jahre alt. Das heißt, es kann jeden Einzelnen treffen. Meine Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich: Ich bin nicht bereit, wir sind nicht bereit, diese Zahlen einfach achselzuckend hinzunehmen. Wir müssen uns dem stellen.

(Zuruf)

Unser großes Bestreben ist es, die Infektionszahlen und damit am Ende auch die Zahl der Todesfälle zu senken. Jeder einzelne Todesfall ist ein Schicksal, jede einzelne Meldung ist ein kleiner Stich ins Herz, meine sehr verehrten Damen und Herren, und zwar für uns alle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb überlegen sich so viele, wie es weitergeht. Vorhin wurde schon Kritik geäußert, man wisse nie 100-prozentig genau, woher die Infektionen kommen. Das ist aber bei einem diffusen Geschehen normal. Übrigens kann keiner in Deutschland, weder das RKI noch alle anderen Institutionen, auf die wir hoffen und vertrauen, das bis heute genau nachweisen. Es gibt Wahrscheinlichkeiten, aber es gibt keine Gewissheit. Wenn dann manch einer sagt, die Maßnahmen, die von den Ministerpräsidenten und von der Bundesregierung basierend auf dem Rat von Experten zum Schutz der

Menschen jetzt getroffen werden, seien eine reine bürokratische Gängelung oder seien möglicherweise aus der Luft gegriffen, kann ich dazu nur sagen: Ich finde diese Debattenkultur schlichtweg unangemessen. Ich finde, wir müssen den Ernst der Lage endlich annehmen und erkennen. Überall in der Welt, nicht nur in Bayern, nicht nur in Deutschland, finden zum Teil weitaus drastischere Maßnahmen und Beschränkungen statt, und die Zahlen sind weitaus drastischer und höher als bei uns. Ich kann deshalb nur sagen: Wir leben in einer Zeit der Chancen, wir leben aber auch in einer Zeit, in der wir diese Bewährungsprobe bestehen müssen. Meine Empfehlung ist, es jetzt ganz zu machen oder gar nicht. Halbe Sachen führen uns nicht zur Lösung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind doch nicht nur die Todesfälle, die uns bewegen. Auch die Situation in den Krankenhäusern ist nach wie vor besorgniserregend. Wir hatten Anfang Januar den Höchststand der belegten Intensivbetten mit Beatmung. Die Zahl ist etwas gesunken, aber nach wie vor gibt es viele Regionen, die kaum oder gar keine freien Intensivbetten mit invasiver Beatmung mehr haben. Daher sage ich sehr deutlich: Ich kann Ihnen zum heutigen Zeitpunkt nicht einfach Entwarnung geben. Jetzt ist die Zeit, weiter durchzuhalten und uns der Herausforderung zu stellen.

Ich bin sogar skeptisch, ob die gegenwärtigen Zahlen das tatsächliche Infektionsgeschehen genau wiedergeben. Das sagen auch die Institutionen wie das RKI und unser LGL. Indizien dafür gibt es eine Menge. Zum einen: Über die Feiertage wurde weniger getestet als sonst – übrigens reichen die Testkapazitäten in Bayern seit langer Zeit aus –, es wurde aber weniger getestet, und gleichzeitig geht die Positivrate bei den Getesteten hoch. Es gibt die Sorge vor der Dunkelziffer. Deshalb gibt es auch eine klare Einschätzung des RKI und von anderen, dass wir erst Mitte, Ende nächster Woche eine ehrliche Bewertung werden vornehmen können, welche Auswirkungen die Festtage an Weihnachten und Silvester auf die Entwicklung von Corona hatten.

Wir alle haben, so glaube ich, kein gutes Gefühl, was die Frage der Reiserückkehrer betrifft bzw. die Rückkehr vieler Familien, die über die Weihnachtsfeiertage bei ihren Angehörigen waren. Schon im Sommer war es so, dass wir danach eine deutlich höhere Inzidenzzahl hatten. Deshalb haben wir übrigens in Bayern – anders als der Bund, der das jetzt erst für diese Woche macht – eine doppelte Testpflicht an der Grenze eingeführt. Ich bleibe dabei: Das ist eine der großen Herausforderungen, die Europa hat. Wir sind keine Insel, sondern wir haben offene Grenzen, die wir auch sehr schätzen. Diese offenen Grenzen bedeuten aber jedes Mal eine Herausforderung, insbesondere dann, wenn Corona in einem anderen Land eine höhere Inzidenz hat. Wir haben das in Bayern regelmäßig gespürt, aber übrigens nicht nur wir, auch anderen Bundesländern geht das so. Bis gestern Abend – das belegen die Zahlen des Innenministeriums – haben in guter Zusammenarbeit Bundespolizei und Grenzpolizei insgesamt über 37.000 Kontrollen durchgeführt. Aus diesen Kontrollen erfolgten über 7.700 Zuweisungen an die Gesundheitsämter, in Fällen, in denen eine entsprechende Verfolgung notwendig ist.

(Zuruf)

Ich sage das deswegen, weil man daran sehen kann: Die Zahlen sind hoch, aber ob es sich dabei schon um die abschließende Bewertung handelt, das kann ich Ihnen nicht sagen. Deshalb müssen wir an dieser Stelle weiter konsequent und nachhaltig bleiben.

(Zuruf)

Vor allen Dingen, meine sehr verehrten Damen und Herren, was Virologen Sorge macht, das muss auch uns sorgen: Es geht um die Ausbreitung eines mutierten Virus. In Großbritannien sieht man, dass sich die Infektion trotz konsequenter Maßnahmen sehr, sehr rasch verbreitet. Virologen erklären das auch sehr genau. Sie sagen, in der Virologie ist es entscheidend für das Virus, sich zu verbreiten. Ein sich schneller verbreitendes Virus ist erfolgreicher und damit dominanter.

(Zuruf)

Die Gefahr, die wir in Großbritannien und anderswo sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, könnte eine große Gefahr für uns alle sein.

(Zuruf)

In den Ländern, in denen sich das mutierte Virus bereits verbreitet hat, haben wir gemerkt, dass es sich insbesondere auf Jüngere auswirkt, auf Schüler und an Schulen. Deshalb müssen wir an dieser Stelle besonders vorsichtig sein. Es scheint so, dass das Virus nichts von der Wirksamkeit der Impfstoffe nimmt, aber genau wissen wir es nicht. Deshalb sage ich Ihnen: Jeder, der jetzt nach wie vor Corona leugnet, der Corona relativiert, der die Gefahren unterschätzt, der meint, sich aus der ganzen Debatte davonstellen zu können, wird der Verantwortung, die wir für die Menschen haben, nicht gerecht. Wir sind mitten in der zweiten Welle. Es kann durchaus eine dritte Welle kommen. Ich sage Ihnen deshalb: Wir wollen diese Herausforderung gemeinsam bestehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher wäre es völlig falsch, aufzugeben, aufzuhören, zu relativieren oder gar Experimente zu starten. Wir setzen auf Sicherheit, wir bleiben geduldig.

Übrigens, mein großer Dank gilt der Bevölkerung. Mein Eindruck war, dass die Bayern sich über Weihnachten und Silvester großartig mit dieser schwierigen Situation arrangiert haben. Es war für die Kirchen nicht einfach, es war für die Familien nicht einfach. Ich habe den Eindruck, am Ende war es ein großartiges Miteinander. Dafür möchte ich mich bei unserer Bevölkerung ganz, ganz herzlich bedanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte mich auch bei allen bedanken, die dabei mithelfen, und zwar nicht nur deshalb, weil es deren persönliches Feierverhalten betrifft, sondern weil sie in dieser Zeit auch arbeiten mussten.

Meine Damen und Herren, nichts ist perfekt; das wurde vorhin schon mehrfach anzusprechen versucht. Nichts ist perfekt. Überall arbeiten Menschen. Die Prozesse sind ungewohnt. In kürzester Zeit musste etwas, was über Jahre normal schien oder worüber sich keiner Gedanken gemacht hat, umorganisiert und neuorganisiert werden.

Unsere Linie in der Staatsregierung – die Linie Bayerns – wird übrigens bei uns und anderswo respektiert und anerkannt. Das liegt aber nicht nur an einer Entscheidung im Kabinett oder im Landtag; solche Entscheidungen sind übrigens leicht zu fällen. Die Umsetzung bei denen, die draußen dafür verantwortlich sind, ist aber unglaublich schwierig. Das betrifft natürlich alle, die über Weihnachten und Neujahr gearbeitet haben. Während wir uns vielleicht darüber beklagt haben, weniger intensiv feiern zu können, haben Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte um Menschenleben gekämpft, haben Polizei, Rettungsdienste und viele andere in den Gesundheitsämtern und den Testlabors rund um die Uhr gearbeitet, um uns ein verstärktes Gefühl von Sicherheit zu vermitteln.

Ich sage deswegen an dieser Stelle nicht nur der Bevölkerung für die Akzeptanz und das Mitmachen Danke. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das, was in diesen wenigen Tagen unter größtem Druck geleistet wurde, verdient unseren Dank und nötigt uns allen größten Respekt ab.

(Beifall)

Also ist klar: Wir müssen die Maßnahmen verlängern. Wir müssen am Ball bleiben und brauchen leider einen langen Atem. Nur noch mal zum Vergleich: Nirgendwo anders wird ernsthaft ein anderes Konzept vertreten. Man kann über jede Maßnahme diskutieren; das ist zulässig. Die Gesamtlinie und das Gesamtkonzept werden national und international mittlerweile von allen anerkannt. Das Beispiel Schweden zeigt die totale

Kapitulation einer Philosophie, die rein auf Herdenimmunität setzte. Das vorhin angesprochene Beispiel von Herrn Ramelow, Herrn Kretschmer und anderen, die eingestehen, dass sie sich geirrt und das Virus unterschätzt haben, nötigt mir Respekt ab.

Gleichzeitig darf ich aber sagen, dass uns in Bayern, was die Grundeinschätzung der Gefährlichkeit betrifft, in den letzten Monaten keine Fehleinschätzung unterlaufen ist; das betrifft nicht nur die Regierung, sondern ausdrücklich auch weite Teile der Opposition. Wir machen nicht alles perfekt, wir liegen in der Linie aber richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese Linie setzen wir jetzt auch gemeinsam fort.

(Beifall)

Der Lockdown wird verlängert und vertieft. Warum? – Wir haben am letzten Montag in einer Videokonferenz mit der Kanzlerin und den Ministerpräsidenten von den besten Experten und Wissenschaftlern, die wir dazu in Deutschland haben, klare Aussagen und Ansagen bekommen. Die Wissenschaftler haben die Gefährlichkeit der aktuellen Lage und der neuen Entwicklung klargemacht. Auch zur Wirksamkeit von Maßnahmen gab es eine klare Aussage: Je grundlegender und tiefer, desto wirkungsvoller ist das Ganze; je wirkungsvoller, desto kürzer ist es möglicherweise. Je weniger klar, je weicher und aufgeweichter, desto länger müssten Maßnahmen bestehen.

Ich glaube daher, dass es einfach klug und weitsichtig ist, nicht zu zögern, sondern zu handeln. Ich glaube, dass es klug und weitsichtig ist, nicht im Nachhinein wieder alles zu relativieren, sondern das für alle klar und konsequent darzustellen. Für mich ist das dann übrigens auch verhältnismäßig. Das ist nicht nur deshalb verhältnismäßig, weil es um den Schutz von Leib und Leben geht, sondern auch deshalb, weil die Dauer solcher Maßnahmen dann kürzer sein wird, als wenn wir ein endloses Stop-and-Go machen würden. Viele unserer Partner und Freunde im Ausland können davon berichten, dass das schnelle Lockern häufig dazu führt, drei Wochen später wieder das Gegenteil machen zu müssen.

Der Lockdown wird also verlängert. Dazu gehören all die Maßnahmen, die wir hatten. Das sind, was die Ausgangsbeschränkungen und die Geschäfte betrifft, schwierige Maßnahmen für die Menschen; mit Maßnahmen wie Click-and-Collect können wir sie nur etwas erleichtern. Wir hoffen auch dringend darauf, dass die Entschädigungsleistungen, die insbesondere in Berlin auf den Weg gebracht werden, schneller kommen. Der Wirtschaftsminister hat diese Woche noch einmal berichtet, dass sich ab 10. Januar Verbesserungen ergeben werden. Wir hoffen sehr auf diese Entschädigungsleistungen.

Wird der Lockdown vertieft? – Ja. Wo und warum? – Das Warum habe ich vorhin angesprochen: Damit es schneller geht. Aber wo und an welcher Stelle? – Heute habe ich schon in den Medien gelesen, wo man Kontakt habe, sei doch völlig egal; das spiele keine Rolle. – Das ist nicht der Fall. Tatsache ist, dass zwei Parameter entscheidend sind: die Kontakte auf der einen und die Mobilität auf der anderen Seite. Beide Parameter sind nach wie vor höher als im Frühjahr letzten Jahres. Übrigens haben wir damals auch nicht sofort, sondern erst am Ende, nach sechs Wochen, erste Erfolge gesehen, die uns in Deutschland im Vergleich dann besser als den Rest Europas dastehen ließen.

Diese beiden zentralen Parameter, Kontakte und Mobilität, hat die Ministerpräsidentenkonferenz nachgeschärft. Ich weiß, dass das nicht einfach und für den einzelnen auch wieder beschwerlich ist. Ich befürchte aber, dass es notwendig ist. Statt fünf Personen aus insgesamt zwei Haushalten dürfen sich Personen aus einem Haushalt jetzt maximal noch mit einer weiteren nicht in diesem Haushalt lebenden Person treffen. Auch dürfen sich lediglich zwei Singles aus zwei verschiedenen Haushalten treffen. Wir werden in Bayern noch eine praktikable Regelung für die Kleinkinder bis zu einem Alter von drei Jahren finden, die ausgenommen sein sollen.

Im Frühjahr kam ein guter Vorschlag von der Opposition. Wir halten diesen Vorschlag weiter für richtig und nehmen ihn ergänzend auf. Dieser Vorschlag betrifft eine feste

Kontaktfamilie – das können übrigens auch die Großeltern sein – zu wechselseitiger oder familiärer Betreuung.

Ich glaube, das ist gerade für die nächsten paar Wochen ein vernünftiges Konzept, um Kontakte zu reduzieren und der Lebenswirklichkeit der Menschen zu entsprechen.

Das Gleiche gilt für das Thema Mobilität. Seien wir bitte ehrlich: Wir haben in Bayern nicht das gemacht, was andere getan haben. Andere haben gesagt, vielleicht öffnen wir mal irgendwo eine Piste. – Ich habe dafür Verständnis, dass jeder, wenn er die Möglichkeit dazu hat, gerne rausgeht, gerne Ski fährt, rodeln oder Ähnliches. Was für Bilder und welche Ergebnisse gab es aber? – Am Morgen wurde geöffnet, am Nachmittag war zumindest teilweise schon wieder geschlossen. Wir haben das nicht gemacht. Mir ist es lieber, von Anfang an eine klare Linie zu haben, als am ersten Tag wieder entsprechend reduzieren zu müssen.

Wie sieht der Vorschlag des Bundes zur Reduzierung der Mobilität aus? – Der Bund hat den Vorschlag gemacht, in Hotspots ab einer Inzidenz von 200 die Mobilität derart zu reduzieren, dass vom Wohnort oder der jeweiligen Stadt- oder Ortsgrenze an gerechnet keine touristischen Tagesausflüge in größere Entfernung als 15 Kilometer gemacht werden dürfen. Damit sind nicht Einkaufen, Betreuung oder Ähnliches gemeint. – Meine Damen und Herren, das ist auch sinnvoll. Die deutsche ist übrigens noch eine milde Regelung. In Israel gilt für alle eine Mobilitätseinschränkung auf einen Kilometer ab der Haustüre.

Das Ziel besteht nicht darin, irgendetwas zu verbieten, jemanden den Sport oder den Besuch im Allgäu oder im Oberland nicht zu gönnen. Vielmehr geht es darum, Mobilität und vor allem Kontakte zu reduzieren. Das eigentliche Ziel besteht doch darin, dass die Leute daheimbleiben. Das ist ein Punkt, den man immer wieder sagen muss. Also, bleiben Sie daheim! Bleiben Sie in den Hotspots innerhalb der 15 Kilometer und machen Sie keine touristischen Tagesausflüge.

Ein Satz zu unseren Tourismusregionen, speziell im Alpenraum – in Oberbayern, im Allgäu, aber auch beispielsweise im Bayerischen Wald –, die sich darüber seit Wochen beklagen: Ich verstehe die Beschwerden, gerade dann, wenn am Wochenende sehr viel los ist; manchen ist das zu viel. Ich bitte aber schon darum, damit vernünftig umzugehen. Ich finde es – wenn ich das sagen darf – kein optimales Miteinander, Schilder aufzustellen mit dem Hinweis, man wolle Leute aus dieser oder jener Stadt nicht bei sich haben. Wir haben die Bedenken aber ernst genommen. Deshalb wird in der veränderten Infektionsschutzmaßnahmenverordnung ausdrücklich die Möglichkeit bestätigt, die es zwar eigentlich schon gibt, die wir aber noch einmal bekräftigen: Wenn es Landkreisen zu viel und zu eng wird, dann können sie in den Regionen mit einer Inzidenz über 200 per Allgemeinverfügung touristische Tagesreisen in ihren Landkreis untersagen. Damit haben wir eine doppelte Regelung: Es gibt ein Muss für das Verbot von Reisen aus einer Region mit einer Inzidenz über 200 und ein Kann für das Verbot von Reisen in diese Region. Ich glaube, das ist ein faires Angebot, bitte aber ausdrücklich um ein sinnvolles Miteinander von Stadt und Land. Solche Debatten, wie wir sie zum Teil erleben, bringen uns allen nichts. Die Stadt braucht das Land, aber das Land braucht auch die Stadt. Meine Damen und Herren, dem versuchen wir jetzt gemeinsam gerecht zu werden.

(Beifall)

Zu Schulen und Kitas: Das ist natürlich sehr sensibel und wichtig, denn es geht um Bildung, aber auch um Betreuung. Beides ist für Eltern und für Schülerinnen und Schüler wichtig. Wir mussten leider schon vor Weihnachten erkennen und erfahren, dass auch Schulen und Kitas von der Pandemie betroffen sind. Gerade in Schulen kann die Verbreitung extrem sein. Nirgendwo gibt es innerhalb von kürzester Zeit so viele Kontakte.

Meine Damen und Herren, es besteht Sorge hinsichtlich des neuen, vielleicht mutierten Virus, von dem in Bayern schon einige Fälle nachgewiesen wurden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es mehr Fälle geben wird. Deswegen ist es klug und umsichtig,

auch hier auf Sicherheit zu setzen und keine Experimente zu machen. Wir setzen deswegen auch hier die Beschlüsse um, die in Berlin getroffen worden sind. Wir setzen das, was beschlossen wurde, um. Wir beschließen nicht in Berlin ein Ja, gehen dann heim und beschließen hier das Gegenteil.

Bis 31. Januar – es handelt sich hier zunächst einmal um 15 Schul- und Betreuungstage – wird es keine Präsenz, aber, wenn ich das sagen darf, auch keine verlängerten Ferien geben. Übrigens gab es vor Weihnachten schon zwei Ferientage extra. Stattdessen gibt es, wo möglich, Distanzunterricht. Das versteht sich für die weiterführenden Schulen von selbst. An der Grundschule gibt es Distanzunterricht dort, wo es möglich ist. Notbetreuung gibt es für diejenigen, die sie brauchen. Wir werden die Notbetreuung nicht auf systemrelevante Berufe beschränken. Wer wirklich eine Notbetreuung braucht, der ist systemrelevant und bekommt auch ein entsprechendes Angebot. Daneben gibt es für die Eltern eine vom Bund neu geschaffene Möglichkeit, die wir sehr begrüßen und für die wir uns bedanken. Wenn keine andere Form der Betreuung organisierbar ist, besteht die Möglichkeit, zehn zusätzliche Krankheitstage einzureichen, für Alleinerziehende sind es sogar zwanzig Tage.

Ein Wort zum Distanzunterricht, weil es hier immer große Diskussionen gibt, und zwar zu Recht: Distanzunterricht und Digitalisierung an der Schule sind ein Dauerthema, übrigens nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland. Wir alle, auch der Kultusminister, sind der festen Überzeugung, dass die Digitalisierung der Schule zu langsam vorangeht, und das, obwohl Geld zur Verfügung steht. Der Bund und das Land stellen insgesamt zwei Milliarden Euro zur Verfügung, 1,2 Milliarden Euro alleine an Förderprogrammen seit fast einem Jahr. Abgerufen ist noch nicht all das, was eigentlich als Angebot zur Verfügung steht, meine Damen und Herren.

Die Wahrheit ist, dass die Abstimmungsprozesse zur Umsetzung mit den Partnern und Beteiligten viel zu lange dauern. Mit dem Einsatz vieler Beteiligter ist es am Ende noch zu einem Ergebnis gekommen. Darum warne ich davor, dass einer der beteiligten

Partner immer gern den anderen die Schuld hinschiebt. Das ist schon ein Gemeinschaftswerk.

(Zurufe)

Ich sage das einmal in aller Deutlichkeit: Unser Land, Bayern wie Deutschland, ist in der Hightech-Digitalisierung sensationell aufgestellt. KI, Robotik – super! Aber in der Alltagsdigitalisierung haben wir echt noch Nachholbedarf. Das geht vom Mobilfunk, Funklöchern und Funkmasten

(Beifall)

über die öffentliche Verwaltung bis hin zum Unterricht, meine Damen und Herren.

Ich habe mir das lange genug angesehen und es bewertet. Ich erlebe immer das Gleiche: Es gibt zig Konzepte, und am Ende setzen sich immer nur Insellösungen durch. Wir müssen da einen Schnitt machen. Wir brauchen disruptive Prozesse. Die Bequemlichkeit, in der sich der eine oder andere, auch im öffentlichen Sektor, im Hinblick auf die Digitalisierung eingerichtet hat, muss ein Ende haben. Wir werden in den nächsten Wochen eine sehr entscheidende Phase haben und die Dinge komplett neu aufstellen. Das darf ich Ihnen hier an dieser Stelle versprechen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ein Beispiel ist die Lernplattform mebis in der Schule. Mebis wurde nicht in erster Linie für den Distanzunterricht eingeführt; es wurde als Ergänzungs- und nicht als Ersatzelement entwickelt. Natürlich muss mebis funktionieren – dass wir uns nicht falsch verstehen! Aber es ist kein modernes Konzept. Eigentlich ist es ein uraltes Konzept. Es fehlt der direkte Kontakt. Es ist eine anonyme Form und entspricht damit meiner Meinung nach nicht optimaler Pädagogik. Deswegen wird es übrigens auch nur von rund 15 % genutzt. Natürlich soll es klappen, aber andere Formate sind besser, zum Beispiel Videoformate.

(Zuruf: Welche denn?)

Wie an Hochschulen – wir haben diese Dinge alle bereits im Einsatz – ist zum Beispiel auch Online-Unterricht auf Dauer die bessere Lösung. Warum? – Hier kann sich der Pädagoge, ein Lehrer, ganz anders mit seiner Persönlichkeit einbringen und die Nähe zu den Schülerinnen und Schülern finden.

Meine Damen und Herren, in der Schule fällt es mir wie nirgendwo sonst auf: Alle sind da gestresst und fordern vom anderen jeweils das Maximum. Hier im Landtag dürfen wir uns natürlich dafür angreifen. Das ist völlig normal und okay. Aber insgesamt wünsche ich mir in dem Prozess der Veränderung, und zwar zum Wohle der Schülerinnen und Schüler, dass wir manchen Schaukampf unterlassen und manche taktische Auseinandersetzung zurückstellen; denn es wird ein schwieriges Schuljahr bleiben. Deswegen brauchen die Schülerinnen und Schüler auch das Vertrauen, dass jeder das Beste zur Verbesserung gibt, anstatt den Eindruck zu vermitteln, dass jeder es einfach nur besser weiß als der andere, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich finde gut, dass sich der Kultusminister um die Abschlussklassen und die Schulabschlüsse ganz besonders kümmert und dass man dem Wunsch, Lehr- und Klausurenpläne anzupassen und zu entschlacken, nachkommt, um auf der einen Seite die Bildungsqualität zu erhalten und auf der anderen Seite keinen zusätzlichen Stress zu entfachen, der ohnehin für alle Beteiligten schon sehr groß ist.

Eines ist klar: Wir verlieren jetzt wieder 15 Tage Präsenzunterricht. Alle haben gesagt, dass Präsenzunterricht das Wichtigste und durch fast nichts zu ersetzen sei. Weil Präsenzunterricht verloren geht, müssen wir schauen, wann sonst die Möglichkeit besteht, diesen nach- oder aufzuholen. Ich glaube, da sind wir uns – oder jedenfalls viele von uns – einig. Deswegen haben wir in der Koalition gemeinsam entschieden, dass dieses Jahr keine Faschingsferien stattfinden, und zwar nicht nur, weil es keinen Fasching gibt. Wir starten hoffentlich mit verstärkten Unterrichtsformen, dem Wechselun-

terricht, zum 1. Februar. Wenn aber schon am 15. Februar die Faschingsferien beginnen würden und wir Wechselunterricht hätten, dann würde man quasi eine Woche in die Schule gehen und hätte dann schon wieder zwei, drei Wochen frei.

Meine Damen und Herren, ich verstehe, dass Distanzunterricht anstrengend ist, und habe vollen Respekt davor. Aber jetzt kommen wir aus langen Ferien – die Weihnachtsferien waren relativ lang – und gehen in eine Phase von Distanzunterricht. Wenn wir die Möglichkeit haben, Präsenzunterricht nachzuholen, dann halte ich es gerade an dieser Stelle bei den Faschingsferien für sinnvoll. Darum setzen wir diesmal nicht auf die Faschingsferien, sondern auf Präsenzunterricht in dieser Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zum Impfen – es ist von vielen schon vorher angesprochen worden –: Impfen und Impfstoff sind natürlich Lichtblick und Hoffnung. Aber man sollte sich bitte keine falschen Hoffnungen machen. Das wird natürlich seine Zeit dauern. Ich glaube auch, dass genügend Impfstoff bestellt wurde. Es wird schließlich ständig nachbestellt. Das Problem ist nicht, wie viel bestellt wird, sondern wann der Impfstoff zur Verfügung steht.

Es ist leichter, jemandem zu sagen: "Bleibe geduldig!", so lange es keine Lösung gibt. Aber eine Lösung ist denkbar, und die Freude darüber, dass ein Impfstoff entwickelt wurde, ist sehr groß – besonders darüber, dass ein Impfstoff in Deutschland entwickelt wurde. Dabei trübt die Freude etwas, dass der Impfstoff andernorts stärker verimpft wird als bei uns. Trotzdem halte ich das gewählte Verfahren auf europäischer und deutscher Ebene für richtig. Es gibt auch viele Hoffnungen. Es gibt jetzt schon zwei zugelassene Impfstoffe, beziehungsweise man geht davon aus, dass zwei Impfstoffe zugelassen werden. Es kann mehr bei einer Dose verimpft werden, als ursprünglich gedacht. Meine Damen und Herren, das ist positiv. Aber es bleibt leider dabei, dass es dauern wird.

Vorhin wurde gesagt, dass es in Bayern Impfchaos gäbe. Ich kann das nicht nachvollziehen. Das ist übrigens auch gegenüber den 99 Impfzentren und den Kommunen völlig unangemessen. Vorhin wurde gesagt, es sei in den Kommunen schwierig und jeder mache es, wie er will. Nicht jeder macht es, wie er es will, sondern jeder entscheidet in Kooperation, wie es am besten zur Situation vor Ort passt. Wer dieses Konzept infrage stellt, dem fehlt das Realitätsbewusstsein, wie das in Bayern funktioniert, meine Damen und Herren.

Ich danke den Kommunen, allen Ärztinnen und Ärzten und allen, die dabei sind, jedenfalls sehr für die bisherige Arbeit. Es wird geimpft, was geht und erlaubt ist. Bislang hat es rund 93.000 Impfungen gegeben, obwohl wir die Hälfte der vorhandenen Impfdosen zurückhalten müssen. Rund 93.000 Impfungen sind bei dem RKI gemeldeten 410.000 Impfungen in Deutschland kein so schlechter Wert, wenn ich das sagen darf.

Wir haben in den Alten- und Pflegeheimen begonnen. Laut Auskunft des Gesundheitsministeriums sollen dort rund 30 % der Bewohner schon geimpft sein. Das geht jetzt Stück für Stück voran. Beim Personal sind es leider nur 16 %. An der Stelle haben wir noch eine gewisse Herausforderung. Auch in den Krankenhäusern und Unikliniken, mit denen andere Länder erst beginnen, findet die Impfung bereits statt, dort übrigens mit einer sehr guten Bereitschaft derer, die Kontakt zu Patienten der entsprechenden Zielgruppen haben, sich impfen zu lassen. Dort ist die Impfquote relativ hoch.

Das heißt aber nicht, dass wir in Alten- und Pflegeheimen jetzt Entwarnung geben könnten. Alten- und Pflegeheime bleiben leider eine Achillesferse, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland und auch weltweit. Deswegen war es richtig, dass neben der Testpflicht und den Masken, die wir zur Verfügung stellen, auch die schnelle Taskforce mit knapp 200 Mitarbeitern entwickelt wurde. Sie unterstützt jetzt vor Ort und macht Begehungen und Beratungen. Sie unterstützt in der Personalgewinnung und bei Testungen. Das ist auf dem richtigen Weg.

Nur eines möchte ich Ihnen in aller Klarheit sagen: Ich höre in den vergangenen Monaten immer die Frage nach der entsprechenden Strategie. Die einen sagen, wir müssen die Älteren schützen, aber wir dürfen sie nicht wegsperren. Die anderen sagen, wir sollten Massentests machen; das war auch ein Vorschlag, der vor Weihnachten mehrfach geäußert wurde. Dort, wo sie gemacht wurden, haben die Massentests null echte Entlastung gebracht. Im Gegenteil: Die einzig echte Langzeitstrategie ist das Impfen. Das kann man sagen. Aber klar muss uns immer sein, dass Corona jede kleine Ritze, jeden kleinen Freiraum nutzt, um sich breit zu machen. Es ist wie die Pestilenz. Anders kann man es nicht sagen.

Darum bleibt auch bei allen Impf- und Schutzmaßnahmen unsere Aufgabe, alles dafür zu tun, die älteren Zielgruppen zu schützen und sie nicht zu isolieren. Aber nur wenn es uns gelingt, in der Breite die Kontakte und die Mobilität zu reduzieren, kann es uns auch gelingen, das Risiko für die Alten- und Pflegeheime und auch für die Behinderteneinrichtungen deutlich zu reduzieren.

Sorgen bereitet uns nicht nur die Menge an Impfstoff, sondern – das gebe ich offen zu – auch die Impfbereitschaft. Das Beispiel der Pflegekräfte wurde genannt. Wir haben in Fernsehberichten gehört, dass es nicht nur uns in Bayern so geht. Bei der Impfbereitschaft gibt es leider noch große Zurückhaltung. Wir sollten das sorgfältig beobachten. Eine höhere Impfbereitschaft ist wichtig. Wir müssen die Aufklärungskampagnen zum Impfen ausweiten.

Deswegen wird es neben dem Impfen der Zielgruppen notwendig sein, Vorbilder zu zeigen. Jeder kennt aus seinem Bekanntenkreis Leute, die sagen: Grundsätzlich wäre ich bereit, mich impfen zu lassen, aber schauen wir einmal. Vielleicht hilft ja noch eine gewisse Zeit. Warten wir mal ab. – Dann kommt die Gegenfrage: Würdest du dich impfen lassen? – Uns Parlamentariern wird die Frage gestellt: Warum lasst ihr euch denn nicht impfen? Ihr seid doch, wie ihr im Plenarsaal zusammensitzt, theoretisch auch wegen der Menge der Leute aus unterschiedlichen Bereichen in einer bedenklichen Kontaktsituation. Keiner weiß, wie viele Kontakte jeder Einzelne in unterschiedli-

chen Bereichen über Weihnachten und Neujahr hatte, wenn ich das einmal sagen darf und viele anschau. Deswegen heißt es: Wir müssen diesbezüglich demnächst Vorbilder sein und Einsatz zeigen.

Warum ist das wichtig? Warum ist das Impfen eine Herausforderung? – Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen aus tiefer Überzeugung: Neben der hohen Zahl der Todesfälle bleibt das eigentlich Empörende in dieser Situation, dass selbst die hohe Anzahl der Toten nicht ausreicht, damit manche endlich aufhören, Lügen, Unsinn, Hetze und Fake News zu verbreiten. Das, was Querdenker, Verschwörungstheoretiker und auch Teile der AfD verbreiten, bringt Unheil über unser Land, meine sehr verehrten Damen und Herren – echtes Unheil.

(Lebhafter Beifall)

Unsere Präsidentin hat in ihren beeindruckenden Ausführungen zu Beginn – –

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Nein, Herr Hahn, jetzt hören Sie einmal zu! Ich weiß, es fällt Ihnen schwer. Sie müssen sich das jetzt anhören. Jetzt habe ich das Wort. – Das Beispiel USA zeigt, wohin Hetze und Lügen führen: zuerst zu absurden Ideen, von denen man manchmal glaubt, sie gar nicht ernst nehmen zu können.

(Zurufe)

Aus diesen immer wieder vorgetragenen kruden Ideen und Lügen kann irgendwann Gewalt entstehen. Das Muster ist eindeutig. Dauerhafte Lügen führen zu einer Parallel- und Scheinwelt, in die sich Einzelne begeben.

(Zuruf)

Der Einzelne zieht daraus eine Scheinlegitimation und glaubt, im Recht zu sein. Er tut dies übrigens mit einer radikalen Intoleranz, die einer Demokratie völlig unangemes-

sen ist. Wer für sich Rechte in Anspruch nimmt, der muss auch bereit sein, die Rechte anderer zu achten, zu respektieren und zu schützen.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, aus diesem Prozess der Leugnung, der Selbstleugnung und des Einigeln in diese Welt folgt ein erfundenes Pseudo-Widerstandsrecht, das bei einigen in Gewalt mündet. Meine Damen und Herren, was Querdenker und Rechtsextreme und einige in Teilen der AfD machen – sie glauben an eine Weltverschwörung –, wirkt sektenähnlich.

(Lebhafter Beifall – Zurufe)

Natürlich ist es normal und richtig, in der Demokratie über alles zu streiten. Die Worte Herrn Hartmanns vorhin waren alles andere als eine Liebeserklärung. In einer Demokratie wird über den Weg gestritten. Jede einzelne Maßnahme wird kritisiert. Das ist demokratische Kultur. Am Ende entscheidet die Mehrheit unter Berücksichtigung des Minderheitenschutzes – natürlich. Das ist unser Prinzip. Das ist ein gutes Prinzip. Aber wenn der umgekehrte Weg gegangen wird, nämlich gar nicht mehr zuhören zu wollen und ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr zuhören zu können, erweckt das den Eindruck, dass ein Teil dieser Leute, die so denken und reden, einer Art von Gehirnwäsche unterzogen worden ist.

(Beifall)

Damit Sie mich nicht falsch verstehen, sage ich ganz klar: Das, was in den USA stattfand, ist nicht weit weg; denn ein Teil der Ideen, die in den USA zu dem geführt haben, was wir dort gesehen haben und was uns alle mehr als betroffen gemacht hat, wurde auch schon in Berlin am Reichstag versucht. Wer weiß, was noch stattfindet. Denen, die sich wie Querdenker und deren Gleichgesinnte zu solchen Aktionen hinreißen lassen oder sich gar zu gefährlichen Aktionen verabreden – wie jüngst auf der Autobahn A 73 – und damit Bürger gefährden, sage ich: Sie alle müssen ab heute wissen: Sie

stehen auch unter besonderer Beobachtung des Staates und des Verfassungsschutzes.

Meine Damen und Herren, ich bin im Interesse unseres Landes und unserer Demokratie nicht bereit, diese Art schlechten Stils und geistiger Vergiftung unserer Demokratie einfach zu akzeptieren. Wir haben die Aufgabe, Corona zu bekämpfen, aber auch, unsere Demokratie zu schützen. Das werden wir auch zu hundert Prozent tun.

(Lebhafter Beifall)

Wird mit dem 1. Februar 2021 alles vorbei sein? Können wir uns dann entspannen? Ist es sicher, dass wir nur noch drei Wochen durchhalten müssen? – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich befürchte: nein. Wir bekämpfen Corona, solange es notwendig ist. Natürlich gibt es immer wieder Hoffnung. Es gibt im Rückblick und in der Zukunft natürlich Anlass zur Hoffnung. Man sieht das weltweit, aber auch bei uns. Corona ist und bleibt aber heimtückisch. Keiner kann vorhersehen, wie sich Mutationen und andere Dinge entwickeln. Wir geben nicht auf.

Ich kann Ihnen deswegen jetzt nicht sagen, wann und wie gelockert werden wird. Alle wollen eine Rückkehr zur Normalität. Wir sind aber mitten im Winter und nicht kurz vor dem Sommer. Der Impfstoff ist unsere Hoffnung. Je mehr bestellt und je mehr geimpft werden kann, desto leichter fällt es. Je länger es dauert, desto schwieriger wird es. In diesem Prozess stehen uns noch viele Fragen bevor, zum Beispiel die, wie es mit Sonderrechten für Geimpfte und Ähnlichem aussieht. Wir werden noch viele spannende Debatten darüber führen.

Etwas, was auch für einzelne Maßnahmen gilt, möchte ich zuletzt noch bemerken. Es ist immer wieder erstaunlich: Anstatt sich gemeinsam dahinterzustellen, dass wir etwas verändern müssen, wird jedes Mal zunächst bei jeder einzelnen Maßnahme im Detail kritisiert und versucht, einen Ausweg oder ein Schlupfloch für sich selbst zu finden.

(Zuruf)

Ich bin auch davon beeindruckt, mit welcher Qualität es bei allen Maßnahmen gelingt, genau den bedenklichen oder ungerecht erscheinenden Einzelfall herauszufinden. Das wird dann zugegebenermaßen mit großer Freude diskutiert. Lassen Sie uns aber immer das Gesamtbild und die Wirkungen in der Breite sehen! Keine der Maßnahmen für sich allein regelt alles. Keine Maßnahme für sich allein führt uns zur Erlösung von dieser Situation. Wir in Deutschland hoffen, dass alle Maßnahmen in der Summe, in der Addition, im Zusammenwirken eine Verbesserung herbeiführen.

Ehrlich gesagt, überrascht mich manchmal, wie viele einzelne Gruppen sich immer wieder gerne als Opfer der Pandemie stilisieren. Dieser und jener sei ein Opfer der Pandemie. Wissen Sie, die eigentlichen Opfer der Pandemie sind die 38.795 Toten. Sie haben keine Hoffnung mehr. Deren Familien haben keine Hoffnung mehr. Sie können nicht mehr damit rechnen, dass bei einer Lockerung im Sommer oder Herbst oder am nächsten Silvesterabend alles anders ist.

Ich bitte Sie und werbe dafür. Ich habe großes Verständnis für Sorgen, vor allem wenn es im Bereich der Wirtschaft um Arbeitsplätze und Existenzen geht. Das macht niemandem Spaß. Das zehrt allen an den Nerven – auch an unseren, das ist selbstverständlich. Es hilft aber einfach nicht; jammern und klagen darf man, aber wir hier im Hohen Haus müssen den Menschen den Eindruck vermitteln, dass wir nicht selbst orientierungslos sind. Wir müssen Kraft ausstrahlen und Hoffnung geben, aber auch zeigen, dass wir bis zur letzten Sekunde mit voller Konzentration versuchen, die beste Lösung zu finden und jede neue Idee prüfen; wir müssen das Einzelschicksal wägen, jede Maßnahme hinterfragen und dann vernünftig entscheiden. Manchmal fallen die Entscheidungen mit 51 : 49. Das geht keinem locker von der Hand. Wir beraten auch in der Koalition genau. Nichts wird einfach schnell entschieden. Alles wird lange durchdacht und mehrfach überlegt. Wir brauchen deswegen alle Kraft, Geduld, Rücksicht und Vorsicht. Ganz wichtig ist vor allem die innere Bereitschaft, diese Situation,

in der wir uns gerade befinden, anzunehmen, wie sie jetzt ist. Nur so können wir Corona überwinden.

Wir in Bayern waren und sind von der Pandemie besonders betroffen. Meine Damen und Herren, deswegen ist es unser Anliegen, an der Stelle konsequent zu arbeiten. Ich möchte der Bevölkerung noch einmal ausdrücklich ein herzliches Dankeschön sagen für manche ermutigende Nachricht, aber auch für das großartige Befolgen der Maßnahmen.

Der eine oder andere sagt: Ich halte mich an jede Maßnahme. Warum muss auch ich zusätzliche Einschränkungen erdulden, weil andere sich nicht an sie halten? Mir tut es leid, dass das so ist, aber es dient dem Wohle aller. Eigenverantwortung ist ein wichtiges Konzept, aber es stößt gerade in diesen Zeiten immer wieder an Grenzen. Deswegen ist die Balance zwischen Eigenverantwortung und Leitplanken und Schutz eine unserer zentralen Aufgaben. Ich hoffe, dass wir die Leitplanken richtig setzen. Ich hoffe, dass die Infektionszahlen in den nächsten drei Wochen weiter zurückgehen und dann mehr Möglichkeiten hin zu einem normalen Leben bestehen. Versprechen, wie und wann alles genau wirkt, kann keiner. Aber das Versprechen, auch im neuen Jahr weiter zu hundert Prozent für die Menschen in Bayern zu arbeiten, kann und will ich für die gesamte Staatsregierung geben. Lassen Sie uns diesen weiteren schwierigen Weg gemeinsam bestreiten! Helfen Sie, jeder Einzelne, bitte mit, wo Sie können, damit Infektionszahlen und Todesfallzahlen gesenkt werden können, indem wir alle ein gutes Beispiel geben.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! Herzlichen Dank an alle, die mitmachen! Gott schütze Bayern, auch im neuen Jahr!

(Anhaltender Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke dem Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung. Wir kommen nun zur Aussprache. In diese Aussprache werden die Dringlichkeitsanträge einbezogen.

Die Gesamtredezeit der Fraktionen im Rahmen der sich nun anschließenden Debatte beträgt 101 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt: CSU 29 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten, FREIE WÄHLER 15 Minuten, AfD und SPD jeweils 14 Minuten und FDP 11 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4 Minuten sprechen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Kollege Ludwig Hartmann von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuallererst bei allen Menschen bedanken, die in den vergangenen Wochen mitgeholfen haben, das Infektionsgeschehen einzudämmen, indem sie persönliche Kontakte weiter reduziert haben, indem sie Weihnachten, ein Fest, das für viele von uns mit festen Traditionen verbunden ist, diesmal anders gefeiert haben und alles getan haben, um die Infektionszahlen weiter einzudämmen. Sie alle verzichten seit Wochen und Monaten auf vieles, was ihnen lieb und wichtig ist, um die Corona-Pandemie gemeinsam weiter einzudämmen. Dafür ein ganz großes Dankeschön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich verstehe gut, dass es jetzt einige gibt, die im wahrsten Sinne des Wortes frustriert sind, dass die Maßnahmen noch einmal verlängert und verschärft werden müssen. Wir Politikerinnen und Politiker hier im Hohen Haus müssen uns auch dessen bewusst sein: Zwei Drittel der Menschen in Bayern haben laut einer aktuellen Umfrage den Überblick über die aktuellen Corona-Maßnahmen verloren. Das zeigt, es ist nötig, auch hier zu diskutieren, was gerade beschlossen werden soll, damit die Menschen draußen es auch wirklich mitbekommen. Ich bin überzeugt, es liegt nicht an mangelndem Interesse und auch nicht an der fehlenden Intelligenz, dass nicht alle Maßnahmen richtig parat sind. Ich richte hier eine ernste Bitte an die Staatsregierung – Sie haben gerade davon gesprochen, Herr Ministerpräsident. – Die Rolle unserer Demokratie ist es, auch Fehler, die gemacht worden sind, anzusprechen, nicht um dazuste-

hen und zu sagen, man hat es besser gewusst, sondern um daraus für die Zukunft zu lernen. Wir brauchen für diese schwierige Corona-Zeit eine bessere, planbare und sichere Strategie, auf die sich die Menschen in unserem Land verlassen können.

Wir werden jetzt die Maßnahmen verlängern müssen. Das ist unstrittig. Das heißt für uns: Wir werden unseren Kindern jetzt wieder erklären müssen, warum sie weiterhin keinen normalen Kita- und keinen Schulbetrieb haben. Wir werden wieder an unserem Lieblingsitaliener vorbeiradeln und sehen, dass er weiterhin geschlossen hat. Wir werden vielleicht an unseren letzten Kinobesuch denken und dabei hoffen: Hoffentlich wird beides nicht für immer schließen müssen. Jetzt, Anfang Januar – Sie haben es auch angesprochen, Herr Ministerpräsident –, wissen wir nicht einmal genau, wie die Maßnahmen der letzten Wochen gewirkt haben, da die Zahlenlage aufgrund der Feiertage nicht ganz belastbar ist. Das ist natürlich bitter für uns alle; das muss man ganz deutlich sagen.

Lassen Sie mich an einem Beispiel etwas deutlicher machen, wo wir eigentlich gerade stehen: Es ist so, als wäre man Kapitän eines Schiffes, das leckschlägt. Nun muss man sich entscheiden: Sofort alle in die Rettungsboote? Schafft man es noch, den nächsten Hafen anzusteuern, oder kann man das Leck sogar schließen? Man muss aber erst einmal wissen, wie groß das Leck ist. Das wissen wir gerade nicht. Das zeigt, es gibt gerade keine andere Möglichkeit, als die Maßnahmen teils zu verschärfen und auch zu verlängern.

Deshalb gilt zum heutigen Zeitpunkt: Wenn wir den möglichen Erfolg – der wurde auch bereits angesprochen – der letzten Tage nicht leichtfertig verspielen wollen, dann ist das Gebot der Stunde, den steinigen Weg zu gehen, die Maßnahmen zu verlängern und teils zu verschärfen, damit wir es schaffen, das Infektionsgeschehen nach unten zu drücken, um unser Gesundheitssystem auch über die Wintermonate im leistungsfähigen Korridor halten zu können. Das ist es doch, was wir alle gemeinsam erreichen wollen. Hier sind wir uns einig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns aber auch einig, dass die Verlängerung und die Verschärfung der Schutzmaßnahmen, über die wir heute hier sprechen, keine Kleinigkeit sind. Sie sind massive Eingriffe in die Grund- und Freiheitsrechte. Deshalb sehen wir es als unsere parlamentarische Pflicht an, sobald belastbare Zahlen zum Infektionsgeschehen vorliegen, auch wieder hier im Landtag eine Debatte zu führen, welche Maßnahmen angemessen sind und ob nachgeschärft oder sogar verstärkt werden muss. Das kann schließlich auch sein. Laut Robert Koch-Institut können wir erst in gut einer oder in der übernächsten Woche mit verlässlichen Daten rechnen. Deshalb spreche ich auch hier im Namen meiner Kolleginnen von der SPD- und der FDP-Fraktion: Wir sehen es als unsere parlamentarische Pflicht an, dann hier im Landtag eine Debatte zu führen, wie es weitergeht, und zwar in der dritten Kalenderwoche, vor der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz. Das sehen wir als nötig an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, in unserem Privatleben verzichten wir auf vieles, um unsere Kontakte und unsere Mobilität auf ein Minimum zu reduzieren. Das ist nötig und auch richtig. Wir treffen kaum noch Freunde. Feiern tun wir schon lange nicht mehr. Weihnachten im engsten Familienkreis zu feiern war die große Ausnahme. An Silvester hat man sich damit getröstet, das Jahr 2021 könne nur besser werden. Ich möchte damit ganz deutlich sagen: Im privaten Bereich haben wir das Maximum, was die Menschen leisten können, durch die jetzigen Verschärfungen erreicht; denn eine Krise zu überstehen, das schafft niemand ganz alleine.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat oft davon gesprochen – da bin ich bei Ihnen, und für die AfD gilt: Dies ist nicht als Liebeserklärung zu verstehen, sondern das ist gesunder Menschenverstand –, dass es ganz entscheidend ist, Mobilität und Kontakte zu reduzie-

ren. Hier sind wir uns einig. Sie haben sogar davon gesprochen, dass wir eine breite Wirkung brauchen. Hier möchte ich ganz offen die Frage stellen: Warum tut sich eigentlich so wenig bei den Arbeitsplätzen? Die größten Bewegungen in der Mobilität sind Pendlerbewegungen. Wir erleben heute noch, dass viele Menschen gemeinsam in Großraumbüros sitzen, teilweise sechs, sieben oder acht Stunden zusammen ohne Maske. Hier läuft doch etwas falsch. Diesen Bereich müssen wir uns deutlich anschauen, um die Breite der Wirkung, die Sie angesprochen haben, wirklich zu erreichen. Sie werden mir doch zustimmen: Private Kontakte noch weiter zu reduzieren, als es heute beschlossen wird, diese Schraube noch enger anzuziehen, ist doch nicht möglich. Hier sind wir uns doch einig. Da müssten wir auch bereit sein, uns andere Bereiche anzuschauen. Das gehört zur Ehrlichkeit der Debatte dazu. Diese Schiefelage kann man doch nicht länger und dauerhaft so hinnehmen.

Arbeitsplatzkontakte müssen deutlich reduziert werden. Es kann doch nicht sein, dass sich Arbeitgeber*innen weigern, Homeoffice-Konzepte umzusetzen. Es gibt doch auch viele positive Beispiele, die zeigen, dass es möglich ist. Aber der Prozentsatz im November und Dezember war deutlich geringer als im Frühjahr. Es zeigt doch, dass wir dort handeln müssen.

Herr Ministerpräsident, ich frage mich eigentlich sogar, warum Sie nicht schon längst zu einem Homeoffice-Gipfel in die Staatskanzlei geladen haben? Das kann gerne auch virtuell stattfinden, um die Arbeitgeberverbände und die Arbeitnehmerverbände zusammenzubringen und eine Lösung zu finden, wie das verbindlicher funktionieren kann. Ich habe es hier oft genug gesagt, auch bei meiner letzten Erwiderung auf die Regierungserklärung, in der es um die Betriebsferien im Sommer ging: Appelle allein reichen leider nicht mehr. Wir müssen da auch andere Wege gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen endlich verbindliche Regeln für Homeoffice in Pandemiezeiten. Der Grundsatz muss für unsere Unternehmen in der Zeit der Corona-Herausforderung hei-

ßen: Homeoffice ist die Regel, Präsenz im Büro ist die Ausnahme, eine Ausnahme, die vom Arbeitgeber begründet werden muss. Das würde in der Breite etwas bringen. Das brauchen wir dringend, um unser Gesundheitssystem weiter zu entlasten.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es wurde hier bereits andiskutiert, und ich möchte noch ganz kurz dazu Stellung nehmen: Herr Ministerpräsident, die 15-Kilometer-Regel ist und bleibt Ausdruck Ihrer Hilflosigkeit. Sie ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das kann man bei allem Verständnis für die nötigen Einschränkungen – und das Verständnis haben wir GRÜNEN – nicht verstehen, und vor allem kann man es nicht erklären.

Herr Ministerpräsident, so verspielt man Vertrauen bei den Menschen, auf deren Bereitschaft mitzumachen wir angewiesen sind, um wirklich Erfolg mit den Maßnahmen zu haben. Deshalb sehe ich unsere Kritik an dieser Maßnahme als absolut angemessen an.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zu einem Bereich kommen, der für uns alle der schwierigste ist: Kinderbetreuung und Schulen. Da kann ich die Ausführungen des Ministerpräsidenten durchaus unterstreichen. Ich glaube, das ist der schwierigste Bereich. Es ist gut, dass Sie unsere Ideen aufgegriffen haben, dass wir – wie im Frühjahr in Bayern – wieder eine weitere Betreuungsfamilie haben und ein breites Angebot an Notbetreuung für Kita- und Schulkinder, auch für Kinder, die Schule als Schutzraum brauchen, aber natürlich auch für diejenigen, deren Eltern in Berufen arbeiten, auf die wir täglich angewiesen sind, für Alleinerziehende und viele mehr. Es ist richtig, wie es jetzt gemacht wird.

Aber – das Aber richtet sich nicht an die Staatsregierung – eines muss klar sein: Das Notbetreuungsangebot darf kein Freibrief für Unternehmen sein, Business as usual zu

machen und die Mitarbeiter in die Büros zu holen. Das kann es nicht sein. Das muss ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es geht Ihnen genauso, ich glaube, es betrifft uns alle seit mehreren Wochen und Monaten, seitdem sich die Pandemie hinzieht: Man fragt sich oft, ob man nicht früher stärker hätte handeln müssen, um die Infektionszahlen nach unten zu drücken.

Ich glaube, wir können alle sagen, dass es wohl besser gewesen wäre, im November und Dezember deutlichere Maßnahmen zu ergreifen, als wir es getan haben. Deswegen bitte ich Sie alle, sich jetzt schon Gedanken zu machen. Wir alle hoffen, dass wir es schaffen, mit den jetzigen Maßnahmen das Infektionsgeschehen deutlich zu drücken. Wenn das aber nicht gelingt, dann müssen wir Mitte, Ende Januar auch so ehrlich sein und über Einschränkungen beim produzierenden Gewerbe nachdenken. Alle müssen ihren Beitrag leisten, um wirklich nach unten zu kommen.

Derzeit gibt es ein Ungleichgewicht: Kitas und Schulen sind zu, Unternehmen sind offen.

(Unruhe)

Ich höre gerade die Unruhe auf der Regierungsbank. Mir geht es darum, was wir im Frühjahr geschafft haben. Das habe ich angesprochen. Im Frühjahr haben wir die Infektionskurve zügig nach unten gebracht, erfolgreicher als jetzt. Da sind wir uns einig. Wir wissen auch, dass viele produzierende Unternehmen aufgrund der Lieferschwierigkeiten teilweise drei, vier, fünf bis sechs Wochen Pause gemacht haben. Wir wissen, was wir geschafft haben. Es ist doch gut, dass wir gerade keine Lieferschwierigkeiten haben. Es ist doch gut, dass gerade die Grenzen offen sind. Das entbindet uns doch nicht von der Verantwortung, auch hier im gemeinsamen Interesse über Maßnahmen nachzudenken, wenn wir die Zahlen so nicht nach unten bekommen. Lang-

fristige Schulschließungen schaden mittel- und langfristig auch unserem Wirtschaftsstandort Bayern. Da müssen doch alle ihren Beitrag leisten. Das wollte ich hier ansprechen. Bitte verstehen Sie das nicht falsch, als ob die GRÜNEN sagen würden: Schlagartig alles zumachen. – Wir müssen darüber nachdenken und für die Zukunft vorbereitet sein. Das ist unsere Aufgabe hier im Hohen Haus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch ganz kurz zum Thema "Schule und Präsenzunterricht" kommen. Ich glaube, es ist richtig, dass wir in der nächsten Woche nicht einfach die Schulen aufmachen können. Aber was wir für die Schulfamilie in Bayern brauchen, was ganz wichtig ist – da spreche ich den Kultusminister an, der leider gerade nicht da ist, aber man wird es ihm sicher ausrichten können –: Wir brauchen einen verlässlichen Fahrplan für einen Wiedereinstieg in den Präsenzunterricht – natürlich erst im Wechselbetrieb, das ist überhaupt keine Frage.

Aber der Fahrplan soll sich an den Inzidenzwerten in den Landkreisen orientieren und jetzt schon verbindlich festgelegt werden, um sich darauf einstellen zu können. Wenn wir dahin kommen, können im Landkreis im ersten Schritt die Grundschulen im Wechselbetrieb aufmachen; wenn die Inzidenzzahlen weit unten stabil sind, können auch die weiterführenden Schulen aufmachen. So einen Weg brauchen wir, um der Schulfamilie, den Eltern und auch den Kindern Planungssicherheit zu geben.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die bayerische Lernplattform mebis ist heillos überlastet. Bei Microsoft Teams gibt es Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes, und die Lizenz läuft wieder aus. Unsere Lehrerinnen und Lehrer wissen jetzt doch eigentlich nur, dass sie Distanzunterricht machen sollen. Wie das funktionieren soll, damit sind sie relativ alleingelassen. Ich bekomme viele E-Mails von Lehrerinnen und finde ziemlich interessant, wie unterschiedlich dieser Unterricht vorbereitet werden muss. Da fehlt etwas.

Ich möchte deshalb ganz deutlich sagen: Das politische Versagen in diesem Bereich allein dem Kultusministerium zuzuschreiben, greift zu kurz. So viel Ehrlichkeit gehört in die Debatte. Ich darf seit 2008 dem Bayerischen Landtag angehören. Seit 2008 darf ich Markus Söder hier am Rednerpult immer wieder reden hören. Ich habe nicht mitgezählt, wie oft ich gehört habe, dass Bayern Spitze in der Digitalisierung unserer Schulen sei. Das zeigt doch ganz deutlich, dass hier einiges im Argen liegt.

Erst im Juli haben Sie angesprochen, dass Sie jetzt den digitalen Turbo starten. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das sind große Worte, aber nichts ist dahinter. Das muss man so deutlich sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Leidtragenden sind die Eltern, Schüler und Lehrer in diesem Land.

Mebis ist nur ein weiteres Symbol für das digitale Brachland Bayern, in dem wir uns seit Jahren bewegen. Sie, Herr Ministerpräsident, waren jahrelang der zuständige Minister für Digitalisierung. Sie haben hier angesprochen, dass die Behörden sozusagen Nachholbedarf haben. Da hätte man einiges tun müssen. Ich frage mich auch, was Ihre Digitalisierungsministerin in diesem Bereich gerade macht.

Weder vor noch mit Corona haben Sie es geschafft, unserem Bildungssystem ein digitales Standbein zu geben, das wir dringend brauchen. Das ist aber genau das, was die FDP, früher auch die FREIEN WÄHLER, wir GRÜNEN und die SPD seit Jahren hier im Landtag eingefordert haben. Aber Sie wollten es damals nicht hören. Aber was nicht ist, das kann ja noch werden. Wir wünschen uns als Neujahrsvorsatz Ihrer Regierung für 2021: Wir hören auch der Opposition zu und debattieren offen über gute Ideen und Lösungen. Dafür brauchen wir eine bessere Kultur hier im Hohen Haus.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich noch einmal deutlich betonen: Für die große Mehrheit von uns ist Corona, auch wenn es extrem belastend ist, an die Nerven geht und an den Nerven zerrt, eine vorübergehende

Sache. Der Impfstoff und die Wetterbedingungen im Frühjahr und Sommer machen uns Hoffnungen. Denken wir bitte also bei all unserem Klagen über Einschränkungen an die, welche die größte Last zu tragen haben, deren Existenzen gefährdet sind. Denken wir an das Personal in den Krankenhäusern, das an der Grenze zur Erschöpfung arbeitet, um unser Gesundheitssystem am Laufen zu halten. Sie alle haben unsere Solidarität verdient. Wenn wir uns an die Corona-Schutzmaßnahmen halten, machen wir es auch ihnen leichter; das ist in unser aller Interesse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Herr Abgeordneter, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es folgt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Franz Bergmüller. Bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Hartmann, ich entnehme Ihren Worten, dass Sie jetzt sogar Herrn Söder noch übertreffen wollen. Sie nehmen in den Mund, dass das Produktionsgewerbe zugesperrt werden sollte. Welche Inzidenzwerte nehmen Sie dafür als Grundlage? Nehmen Sie dafür 200 oder 100 als Grundlage? Nehmen Sie denn nicht zur Kenntnis, dass zwei Drittel aller Toten leider aus Alten- und Pflegeheimen stammen und 92 % aller Toten über 60 Jahre alt sind? Die Toten in den Pflegeheimen sind über 80 Jahre alt. Das habe ich vorhin vergessen zu sagen.

Wir fahren doch eine völlig falsche Strategie, indem wir immer mehr zusperren. Heute sind die Inzidenzwerte im Landkreis Rosenheim und in ganz Oberbayern deutlich zurückgegangen. Aber Sie nehmen das in den Mund und schlagen hier eine Harakiri-Strategie vor, dass wir die Produktionsstätten auch noch zumachen sollen.

Wissen Sie, was das kostet? – Im Handel verlieren wir im Monat 22 Milliarden Euro! Wie weit wollen wir den Irrsinn denn noch treiben?

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Es würde Ihnen guttun zuzuhören, bevor Sie eine Zwischenfrage stellen. Ich habe ganz deutlich ausgeführt: Dann, wenn wir es nicht schaffen, die Zahlen nach unten zu bekommen. Wir werden aus dem jetzigen Zustand, der uns jetzt schon viel Geld kostet, nicht herauskommen, wenn wir nicht bereit sind, im Notfall, und nur im Notfall, drei Wochen lang auch andere Bereiche nach unten zu fahren, um die Zahlen deutlich zu senken.

Ich habe das angesprochen, weil ich ein Mensch bin, der für Ehrlichkeit ist, und ich deutlich sagen möchte, dass es darum geht, wenn es anders nicht geht. Wir alle hoffen, dass die jetzigen Maßnahmen ausreichend sind, um die Kurve deutlich nach unten zu bekommen, und wir somit diese Maßnahme nicht brauchen. Wir sollten aber jetzt so ehrlich sein und uns darüber Gedanken machen, als dann wieder planlos dazustehen und nicht zu wissen, was man tun kann. Es ist besser zu wissen, was der nächste Schritt wäre, und zwar immer in der Hoffnung, ihn nicht gehen zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hartmann. – Ich darf als nächsten Redner den Vorsitzenden der CSU-Fraktion, Kollegen Kreuzer, aufrufen. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! 2020 hatte uns Corona fest im Griff. 2021 beginnt wieder mit dem Thema Corona. So ist die Lage.

Doch eines ist heute anders als im vergangenen Jahr: Mit dem Impfstoff gibt es nun Hoffnung. Der Impfstoff wurde in Rekordzeit entwickelt, und er ist viel früher auf den Markt gekommen, als selbst die optimistischen Prognosen am Anfang der Pandemie vermuten ließen. Auch wenn wir heute erneut schwierige Entscheidungen treffen und den Lockdown verlängern müssen, ist dies ein guter Anfang. Das ist sogar ein sehr hoffnungsvoller Anfang für dieses neue Jahr 2021. Dies sollten wir uns gerade in diesen Tagen vor Augen führen. Die Menschen, die vor rund hundert Jahren von der

Spanischen Grippe heimgesucht wurden, hatten keine solche Perspektive. Ein erster Grippeimpfstoff stand erst 1936 zur Verfügung, nicht schon nach wenigen Monaten. Dies ist eine positive Entwicklung. Niemand hätte wohl im März gedacht, dass man noch im gleichen Jahr impfen kann.

Das ändert aber nichts daran, dass die Corona-Lage aktuell weiterhin sehr besorgniserregend ist. Bei den Infektionszahlen sind wir etwa auf einem Niveau wie Anfang Dezember. Manche mögen eine leichte Tendenz nach unten erkennen. Ich wäre eher zurückhaltend, da die Daten der letzten Zeit das tatsächliche Infektionsgeschehen vermutlich nicht vollständig abbilden. Eine aussagekräftige und verlässliche Einschätzung zum Infektionsgeschehen während der Feiertage kann laut Robert Koch-Institut erst in circa einer Woche erfolgen. Deshalb muss die Devise jetzt lauten: Vorsichtig bleiben, den Weg der Eindämmung weitergehen, konsequent sein und das Erreichte nicht verspielen.

Dass wir dieser Devise treu bleiben, dafür gilt mein Dank dem Ministerpräsidenten und der Bayerischen Staatsregierung. Wir wollen den Menschen nicht mehr an Einschränkungen und ihnen diese nicht länger zumuten, als unbedingt notwendig ist. Die noch hohen Infektionszahlen und die aktuell enormen Belastungen für unser Gesundheitswesen zeigen, dass dies im Moment eben unbedingt notwendig ist. Mit übereilten Lockerungen, die dann zu einem umso größeren Rückschlag führen, wäre niemandem geholfen.

Es führt kein Weg daran vorbei, die Kontakte noch weiter zu reduzieren, auf jetzt nur noch eine Person aus einem anderen Haushalt. Ich begrüße, dass wir für kleine Kinder praxistaugliche Sonderlösungen finden werden, die den Müttern auch weiterhin Kontakte ermöglichen. Für die Kinderbetreuung – und nur dafür – gibt es wie im Frühjahr die Möglichkeit einer Kontaktfamilie, mit der die Betreuung organisiert werden kann.

Leider ist es auch unabdingbar, die Schulen und Kitas bis 31. Januar weiter geschlossen zu halten. Wir müssen uns immer die Dimension der Zahlen klarmachen, meine Damen und Herren: allein in Bayern 1,6 Millionen Schüler, 150.000 Lehrkräfte und 500.000 Kinder in den Kitas. Dies ist die größte Massenveranstaltung, die tagtäglich in diesem Land stattfindet. Dass sich auch Kinder und Jugendliche mit Corona anstecken können und das Virus verbreiten können, ist hinreichend belegt, meine Damen und Herren. Man streitet sich, ob das in ganz gleichem Umfang oder etwas weniger als bei Erwachsenen der Fall ist. Auf jeden Fall sind Kinder nicht immun, und sie können das Virus auch weitergeben.

In diesem Zusammenhang ist es auch richtig, die Tage, für die Kinderkrankengeld gewährt wird, auf 15 bzw. 20 für Alleinerziehende zu erhöhen, um die Eltern zu entlasten. Der Ministerpräsident hat gesagt, dass es sich jetzt zunächst vorläufig um 15 Tage handelt. Dies reicht in vollem Umfang aus. Ich freue mich, dass dies auf Bundesebene beschlossen wurde. Wir als Koalitionsfraktionen haben dies bereits seit längerem gefordert.

Auch die Möglichkeit der Notbetreuung ohne Einschränkung auf bestimmte Berufe oder systemrelevante Tätigkeiten ist ein wichtiger Beitrag zur Entlastung der Eltern in schwieriger Zeit. Ich habe natürlich Verständnis für den Wunsch der meisten Eltern nach einer schnellen Rückkehr zum Regelunterricht und zum Präsenzunterricht. Unser Ziel ist natürlich nicht zuletzt aufgrund der Bildungschancen für unsere Kinder selbstverständlich der Präsenzunterricht; dies ist gar keine Frage. Eine Rückkehr zum Präsenzunterricht darf aber im Endeffekt die Gesundheit der Gesamtbevölkerung nicht gefährden, und sie darf vor allem nicht dazu führen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Lockdown für die Gesellschaft insgesamt weiter verlängert werden muss, weil wir sonst zusätzliche Infektionen auslösen würden. Wir können nicht in Kauf nehmen, dass aufgrund einer Lücke im Infektionsschutz weiterhin Handel, Gastronomie und andere Bereiche betroffen werden, und zwar auf unabsehbare Zeit betroffen werden. Deshalb muss es im Moment beim Distanzunterricht bleiben.

Außer Frage steht dabei, dass die notwendigen technischen Instrumente funktionieren müssen, um ein digitales Lernen auf den verschiedenen Wegen möglich zu machen. – Herr Kollege Hartmann, da gebe ich Ihnen recht. Ich sage aber auch: Die Lernplattform mebis – ich selbst war ganz am Anfang damit auch befasst – war natürlich nie dafür gedacht, Distanzunterricht für alle Schülerinnen und Schüler in Bayern gleichzeitig abzuhalten. Im Januar 2020 war die Situation, dass alle Schüler zu Hause bleiben und keiner mehr in die Schule geht und der Unterricht digital stattfinden muss, völlig undenkbar. Gedacht war vielmehr immer, ergänzende Lern- und Lehrangebote zu ermöglichen. Deswegen handelt es sich schon um eine ganz besondere Herausforderung. Da Sie sich heute sehr sachlich geäußert haben, will ich dies auch tun. Dass dies nicht so einfach ist, haben wir wohl beim ersten digitalen Parteitag der GRÜNEN gesehen, der teilweise noch schlechter funktioniert hat als die Lernplattform mebis, Herr Kollege Hartmann.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bei den weiteren Parteitagen hat sich dies inzwischen verbessert. Ich wollte dies nur am Rande angesprochen haben.

Herr Kollege Hartmann, Sie können den 15-Kilometer-Radius aus Hotspots heraus und in Hotspots hinein nicht nachvollziehen. Was mich in den vergangenen Wochen besonders besorgt hat, ist die Reisefreudigkeit mancher Menschen trotz des Lockdowns. Ich komme aus Kempten, Oberallgäu, bin an der Bundesautobahn A 7 und sehe, was dort jedes Wochenende – Freitag, Samstag, Sonntag – los ist, meine Damen und Herren: eine massive Reisetätigkeit, die sich nicht von der in normalen Wintermonaten, wenn alles geöffnet ist, unterscheidet, und zwar mit Kennzeichen aus dem Raum Stuttgart, aus dem Raum Böblingen, aus dem Raum Esslingen, aus dem Raum Ulm und weit darüber hinaus. Die Leute kommen einmal für einen Tag ins Oberallgäu. Dies führt dort zu einer massiven Überlastung der Zentren. Deshalb, meine Damen und Herren, ist die Beschränkung für touristische Tagesausflüge auf einen Radius von 15 Kilometern für Personen aus den Hotspots sehr wohl ein Beitrag, dieses

Ausflugsgeschehen, das wirklich nicht in unsere Zeit passt, einzudämmen. Das ist ein Beitrag, Kontakte zu vermeiden. Die Leute fahren Hunderte Kilometer, halten an den Rastanlagen, steigen aus, kaufen dort ein, unterhalten sich miteinander. Es ist doch so: Wenn sich die Menschen bewegen wollen, wenn sie joggen wollen, wenn sie wandern wollen, dann hat doch jeder, auch wenn er aus einem besonders betroffenen Gebiet kommt, im 15-Kilometer-Umkreis um seine Gemeinde entsprechende Gelegenheiten. Ich appelliere aber darüber hinaus an alle: Überlegen Sie genau, wie viel Ansteckungsrisiko Sie für sich in Kauf nehmen wollen und was Sie für andere verantworten können! Bleiben Sie, wann immer möglich, zu Hause.

Ich habe nicht den Eindruck, dass die Firmen bei den Büroarbeitsplätzen nicht Homeoffice gewähren, wo es möglich ist. Dies ist nicht mein Eindruck. Dies ist im Landtag nicht so. Dies ist auch bei Firmen nicht so, wie ich sehe, wenn ich mal bei einer vorbeischaue. Die schicken die Leute durchaus nach Hause und beschränken sich auf ganz wenige Treffen, die unbedingt sein müssen. Ich glaube, wir sollten es hier weiter bei Appellen belassen und keine zwingenden Vorschriften machen, die dann eher auf Widerstand stoßen, wenn man die Leute zu etwas zwingen will.

Ich halte es im Moment natürlich für angemessen, zu überlegen, was los ist, wenn wir keinen Erfolg haben. Ich halte es aber nicht für angemessen, heute schon darüber zu diskutieren, die Produktionsstätten einzuschränken, wo es eben kein Homeoffice gibt. Wenn man solche Diskussionen jetzt schon führt, führt dies eventuell dazu, meine Damen und Herren, dass Lieferungen von deutschen Unternehmen gerade im Export als nicht mehr zuverlässig gewährleistet angesehen werden. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit Corona gefunden. Dafür danke ich herzlich, auch wenn ich weiß, dass die Geduld vieler Menschen durch Corona in den letzten Monaten enorm strapaziert wird.

Versuchen wir, die nächsten Wochen weiterhin mit Vernunft, Disziplin und Solidarität durchzustehen. Das sind und bleiben die wichtigsten Waffen im Kampf gegen die Pandemie, bis die Impfstoffe ihre breite Wirkung entfalten.

Meine Damen und Herren, man kann vieles kritisieren am Umgang mit Corona, aber auffällig ist, dass Teile der Opposition immer erst hinterher sagen, was richtig gewesen wäre. "Verstehen kann man das Leben rückwärts; leben muss man es aber [immer] vorwärts", hat der dänische Philosoph Søren Kierkegaard einmal gesagt. Es gibt nun einmal keinen Masterplan für eine Pandemie. Deshalb gilt in der besonderen Situation: keine Experimente! Wir sehen jetzt mit den Impfstoffen erstmals Licht am Ende des Tunnels. Aber bis wir das Ende dieses Tunnels erreichen, dauert es noch, selbst im günstigsten Fall. Wir müssen durchhalten. Es liegt auf der Hand, dass nicht sofort 60 % oder 70 % von 80 Millionen Menschen in Deutschland geimpft werden können. Auch bei optimaler Verfügbarkeit sämtlicher Impfstoffe ist dies nicht von heute auf morgen zu machen, sondern erfordert seine Zeit.

Eines muss klar sein – das betrifft auch Teile der Verschwörungstheorien –: Die Verlängerung des Lockdowns, über die wir heute debattieren, hat mit der Verfügbarkeit des Impfstoffs heute und in den nächsten Wochen überhaupt nichts zu tun. Es ist klar, dass die Impfungen nur sukzessive hochgefahren werden können und dass wir jetzt handeln müssen, damit wir nicht in 14 Tagen oder drei Wochen ein überfordertes Gesundheitssystem haben, ganz unabhängig davon, wie die Impfungen insgesamt wirken. Seit dem 27. Dezember impfen wir in Bayern. Wir gehören damit in Europa zu den Ersten, und wir haben in Deutschland die meisten Impfungen durchgeführt. Am vergangenen Mittwoch hat ein weiterer Impfstoff die EU-Zulassung erhalten. Wichtig in der jetzigen Situation ist, dass wir Planungssicherheit bekommen und der Bund uns verbindlich mitteilt, wann wir mit den jeweiligen Impfstofflieferungen rechnen können. Wir brauchen als Freistaat Planbarkeit und Verlässlichkeit. Dies brauchen aber auch die Menschen, die nun als Erste zur Impfung anstehen. Wir wollen so schnell wie möglich so viele Menschen wie möglich impfen, die sich impfen lassen wollen. Dazu

müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die Produktionskapazitäten zu erweitern und über das Kontingent hinaus zusätzliche Mengen an Impfstoff zu beschaffen. Dass wir dafür alles tun, erwarten die Menschen, die eine schnelle Impfung wollen und darauf hoffen, völlig zu Recht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Corona geht an unsere Substanz. Es geht an die Substanz der Bürgerinnen und Bürger. Die Unternehmen leiden, aber natürlich auch die Kliniken, das Pflegepersonal und die Ärzte, die in vielen Bereichen ihre Belastungsgrenze erreicht haben. Ich möchte gerade diesem Personenkreis auch im Bayerischen Landtag hier noch einmal ganz herzlich danken. Dies ist eine großartige Leistung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Politiker sollten sich davor hüten, Prognosen abzugeben, aber eine Prognose wage ich trotzdem: Corona wird nicht am 31. Januar vorbei sein. Das ist sicher. Wir werden noch deutlich länger mit Corona leben müssen, als uns lieb ist. Deshalb ist jeder Tag, an dem wir Zurückhaltung wahren, Abstand halten und die Hygienemaßnahmen einhalten, ein gewonnener Tag im Kampf gegen dieses heimtückische Virus, das inzwischen auch noch gefährlich mutiert ist. Halten wir uns weiter an diese Devise; dann werden wir erfolgreich sein. Ich hoffe, dass wir in absehbarer Zeit, zumindest bis zum nächsten Winter, in einer viel günstigeren Situation sind. Dazu müssen wir aber alle zusammenhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, dies haben wir im Bayerischen Landtag bisher, mit einer Ausnahme, gut hinbekommen. Auf diese Ausnahme ist der Ministerpräsident heute schon zu sprechen gekommen. Deswegen will ich dies nicht wiederholen. Ich schließe mich seinen Worten an. Wir werden diese Herausforderung gemeinsam meistern. – Gott schütze Bayern!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kreuzer, Sie können am Rednerpult bleiben. – Es gibt drei Zwischenbemerkungen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Oha!)

Zu der ersten hat sich der Abgeordnete Uli Henkel von der AfD-Fraktion gemeldet.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Herr Kreuzer, wir sind beide keine Virologen und Epidemiologen, also lassen Sie uns bitte über die Dinge sprechen, für die unser Juristenverband ausreicht. Ich stelle heute fest: Die Restaurants sind zu; die Hotels sind zu; die meisten Flieger bleiben auf dem Boden; die Geschäfte sind geschlossen; die Kinos zeigen keine Filme; die Konzertsäle sind verwaist; in unseren Kirchen finden keine Messen statt; die Schulen sind zu, die Universitäten auch; die Cafés sind leer;

(Zuruf)

die Stadien sind leer; die Behörden haben den Publikumsverkehr heruntergefahren; die meisten Büros stehen leer, weil jeder im Homeoffice arbeitet. Ich frage Sie: Woher, glauben Sie, kommen dann jetzt die teilweise örtlich sogar noch steigenden Zahlen positiver Corona-Tests und der Infektionen her?

(Zuruf)

Thomas Kreuzer (CSU): Das stimmt weitgehend, wobei bei uns die Kirchen noch geöffnet sind, aber bei Ihnen offensichtlich nicht, oder Sie gehen nicht hin. Das war jetzt ein Scherz. – Das ist ganz schwer zu sagen. Ich stelle fest, dass wir die größten Probleme – das verhagelt uns auch den Durchschnittswert – in Grenzgebieten haben.

(Zuruf)

Dies ist ganz klar festzustellen. Das ist im Bayerischen Wald, an der tschechischen Grenze. Wir haben aber auch Probleme in Bezug auf Hotspots innerhalb Deutschlands, an der thüringischen Grenze. Dort findet ein reger Austausch von Arbeitnehmern statt. Viele davon sind auch noch in Pflegeheimen und im Gesundheitswesen tätig. Da muss man ein ganz scharfes Auge drauf werfen. Es ist keineswegs so, dass wir nirgends Erfolge haben. Wir sind beispielsweise im Landkreis Oberallgäu schon

bei über 200 gewesen und sind jetzt mal kurz unter 50 gewesen. Jetzt haben wir 52. Wenn ich die Kollegin Schorer sehe: Die haben dort am Anfang der Pandemie große Probleme mit Neuschwanstein gehabt. Die sind jetzt unter 50. Wir haben also durchaus Erfolge. Die kommen von den Maßnahmen, die Sie genannt haben.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter Kreuzer, Ihre Redezeit.

Thomas Kreuzer (CSU): Wenn wir Sondermaßnahmen mit grenzüberschreitendem Verkehr haben, müssen wir genauer hinschauen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Kollege Markus Plenk gemeldet.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Kreuzer, die Regierungserklärung wird heute wieder live im Bayerischen Fernsehen übertragen. Mir ist aufgefallen, dass der BR die Livesendung jedes Mal nach dem Redner der FDP beendet. Auch im Internet-Livestream wurde die Sitzung zuletzt nicht mehr vollständig übertragen. Hierzu konkret zwei Fragen: Gibt es Absprachen zwischen der CSU oder der Staatskanzlei mit dem Bayerischen Rundfunk, um besonders regierungskritische Redebeiträge auszublenzen? Wird die heutige Sitzung wieder vollständig übertragen?

(Beifall – Zuruf: Bravo!)

Thomas Kreuzer (CSU): Die erste Frage beantworte ich mit Nein. Diese Vermutung ist geradezu absurd. Wie lange der Bayerische Rundfunk diese Sitzung überträgt, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Rundfunk hat eben nur eine gewisse Sendezeit, und danach geht er aus der Übertragung raus. Wir haben darauf keinerlei Einfluss. Dazu müssen Sie mit den Verantwortlichen des Bayerischen Rundfunks sprechen. Manchmal ist es vielleicht auch gut, dass die Menschen draußen nicht alles hören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda gemeldet.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Kreuzer, nachdem sich wieder alles beruhigt hat, habe ich eine ganz andere Frage: Mir wurde vor einer Stunde auf dem Handy mitgeteilt, dass ein 56-jähriger Mann nach einer Corona-Impfung verstorben ist. Die Witwe ist jetzt natürlich außer sich. Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Bei einer Schutzimpfung – um so etwas handelt es sich hier – gibt es eine Dokumentationspflicht. Wenn ich die Medien verfolge, stelle ich fest, dass wir an den 99 Impfstationen einen Massenandrang von Impfwilligen haben. In kürzester Zeit sollen, wollen und müssen Tausende von Menschen geimpft werden. Ist dabei diese Dokumentationspflicht gewahrt? Wenn nämlich solche Sterbefälle oder andere Schwierigkeiten auftreten, werden daraus auch juristische Fälle, und dann muss das bewiesen werden können, was vorgelegen hat. Wissen Sie darüber etwas? Können Sie dazu etwas sagen? Oder können Sie mir jemanden aus der Regierung benennen, der dazu etwas sagen könnte?

(Zuruf: Die zuständige Staatsanwaltschaft könnte dazu etwas sagen!)

Thomas Kreuzer (CSU): Ich selber weiß nur, dass die Impfungen dokumentiert werden und dass eine ärztliche Aufklärung zu erfolgen hat. Dies ist auch deswegen notwendig, weil allgemein bekannt ist, dass beispielsweise bei schweren Allergien gewisse Impfstoffe nicht angewendet werden sollen, während andere geeignet sind. Das zuständige Paul-Ehrlich-Institut hat öffentlich bei Pressekonferenzen erklärt, dass es jedem einzelnen Fall nachgehen wird. Den Fall des 56-Jährigen kenne ich nicht. Ich weise aber schon darauf hin, meine Damen und Herren, dass wir die Risikogruppen aufklären und vor Schäden bewahren müssen. Wir haben heute aber keinen einzigen Impftoten, sondern fast 1.200 Corona-Tote gehabt. Deswegen würde ich dringend zur Impfung raten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Kreuzer. – Nächster Redner ist der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Prof. Dr. Ingo Hahn. Herr Hahn, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Heiterkeit – Zurufe: Präsident!)

– Ja, der Herr Vizepräsident ist damit natürlich auch gemeint. Das ist doch klar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und vor allem, liebe Bayern! Ja, wir befinden uns in einer dramatischen Situation. Ja, die Dinge scheinen außer Kontrolle zu geraten. Und ja, die Menschen sind verunsichert und verängstigt. Die Lage ist dramatisch, weil unsere Regierenden ein totalitäres Klima der Angst und der Zwietracht erzeugt haben. Unsere Regierenden haben uns die Freiheit geraubt.

Der Grund liegt auf der Hand. Die Politik von Merkel und Söder verkündet den Menschen nicht die volle Wahrheit. Sie, Herr Ministerpräsident, gehen zusammen mit Frau Merkel von einem Lockdown in den anderen. Weil die Maßnahmen nicht wirken, verschärfen Sie sie unentwegt immer weiter. Das ist ein Blindflug nach dem Motto "viel hilft viel". Sie kommen nicht auf die Idee, dass die Maßnahmen nicht nur unzureichend, sondern völlig unnütz sind. Unbelehrbar, wie Sie sind, kommt aber gleich die nächste Beschränkung: eine Einschränkung des Bewegungsradius auf 15 Kilometer und die familienfeindliche Ein-Personen-Regel. So manche DDR-Größe wäre jetzt garantiert zu Tränen gerührt und vielleicht sogar etwas neidisch, denn schließlich haben selbst die SED-Schergen sich Derartiges nicht getraut.

Ich frage Sie: Was kommt als Nächstes? Kommt die Maskenpflicht auf dem Klo? Kommt dann eine extra Taskforce der Polizei, die die Einhaltung dieser Pflicht kontrolliert? Herr Söder, Sie haben eben schon selbst von der dritten Welle gesprochen. Aha!

Man höre und staune! Die Maßnahmen während der ersten und der zweiten Welle wurden bis heute nicht evaluiert. Wen wundert es, dass jetzt die dritte Welle kommt? Der Überwachungsstaat lässt grüßen.

(Beifall bei der AfD)

Neun Monate sind vergangen, und Sie haben nichts gelernt. Bereits vor acht Monaten wussten wir: Eines ist klar, es ist keine Pest. Aber die neue Macht gefiel Ihnen zu gut. Zu einfach konnten und können Sie im Schatten von Corona unliebsame Veränderungen vornehmen, ohne dass die Menschen dagegen etwas tun können. Jedes Mal, wenn Sie hier im Landtag auftauchen und so tun, als würden Sie sich hier den neuesten Irrsinn legitimieren lassen, schaue ich mir im Vorfeld die Fakten an: Übersterblichkeit, Sterberate, Kollateralschäden und so weiter und so fort. Jedes Mal komme ich aufs Neue zu der Erkenntnis, dass die da oben entweder total durchdrehen oder irgendetwas Bedeutsames und etwas Wichtiges verbergen. Also frage ich Sie als Wissenschaftler, der selbst vor einer unlösbaren Gleichung steht, hier und heute: Verbergen Sie Informationen vor uns? Was hat es mit diesem Virus auf sich? Ich frage mich gerade auch, was mir eigentlich lieber wäre: von machtgierigen Egomane regiert oder getäuscht und zum Narren gehalten zu werden. Beide Möglichkeiten sind nicht sehr reizvoll.

Ein weiteres Thema hebt Ihr Versagen parademäßig hervor: der Impfstoff. Erst loben Sie ihn über den grünen Klee und drücken das Mittel mit Ihren Pharmafreunden im Eilverfahren durch, und dann ist kein Impfstoff für uns Deutsche da. Dabei ist er doch hier in Deutschland entwickelt worden. Verimpft wird er jetzt aber erst mal in den USA, in Großbritannien und in Israel. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Ich bin immer noch gegen einen derart überstürzten Impfstart mit all den möglichen Nebenwirkungen. Wenn man ihn aber unbedingt möchte – und Sie möchten ihn ja –, ihn aber dann derart verbockt, dann frage ich mich schon, ob Sie etwa keinen Plan oder kein Gewissen haben. Ist das einfach ein Chaosmanagement, oder ist es Wahlkalkül? Diese bis-

herige Politik der Halbwahrheiten, der Vernebelung, der Geheimniskrämerei, der verschlossenen Türen, der Pannen und der Widersprüche muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der AfD)

Legen Sie den Bürgern dieses Landes endlich die Fakten auf den Tisch! Geben Sie den Menschen ihre Würde zurück!

Die Risikogruppen sind nach wie vor schutzlos. Die Todesfallzahlen kommen fast ausschließlich durch Alten- und Pflegeheimbewohner zustande. An diesen Orten sind Maßnahmen vonnöten. Dort muss die Politik reagieren, aber das tut sie nicht. Seit Monaten ist bekannt, dass der Altersdurchschnitt der Verstorbenen mittlerweile bei 83 Jahren liegt. Sie schicken aber lieber Kinder mit dem Schlitten nach Hause, weil der Mindestabstand nicht eingehalten wird.

Herr Söder, vorhin haben Sie sich verplappert. Sie haben nämlich gesagt, Sie wollen Online-Unterricht auf Dauer. Aha! Da läuft der Hase lang. Nein, Herr Söder, Sie sind kein Menschenfreund hier in Bayern. Sie haben kein Verständnis für die Nöte der Menschen. Sie haben vielleicht höchstens ein Verständnis für Ihren Machtzuwachs, der in dieser Corona-Krise schon beträchtlich geworden ist. Sie haben ein Interesse am Kanzleramt. Das verstehen mittlerweile auch unsere bayerischen Bürger.

(Unruhe)

Ihre Politik, Herr Söder, ist eine Katastrophe, und zwar in allen Belangen. Sie ist blind, sie ist orientierungslos, und sie ist dumm. Sie ist eine Tragödie für unsere verdienten älteren Menschen. Sie ist ein Vergehen an unseren Kindern, und sie ist ein Verbrechen an der Wirtschaft, an der Kultur und an unserem ganzen Land.

(Beifall bei der AfD)

Wenn es nach Ihnen geht, gibt es erst dann wieder Normalität, wenn alle geimpft sind. So lautet ein Söder-Zitat von vorgestern. Ich frage Sie: Wie soll das gehen? – Die

Staatsmedien geben zwar alles, um den Impfstoff schmackhaft zu machen, die Leute sind aber dennoch skeptisch. Ein Drittel der Menschen wollen sich gar nicht impfen lassen; beim Pflegepersonal sind es noch viel mehr. Das sind Leute, die sich damit auskennen.

(Zuruf)

Wollen Sie die Menschen also zwingen? Wollen Sie sie einfach wegsperren, wenn sie sich weigern? Wie wollen Sie damit umgehen? Oder wollen Sie etwa gar nicht wieder zurück zur Normalität?

(Unruhe)

Herr Ministerpräsident, wir brauchen jetzt keine Floskeln mehr, wir müssen handeln. Herr Söder, Sie müssen handeln und aufklären. Sagen Sie uns: Enthalten Sie uns etwa Informationen vor? Ich fordere Sie auf, sich hier nicht wie in einem Alibi-Plenum vor uns Bayern zu verstecken, sondern nochmals hier an das Rednerpult zu treten und uns die Wahrheit zu sagen.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Prof. Dr. Hahn, Sie können noch einen Moment warten. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Gabi Schmidt von den FREIEN WÄHLERN gemeldet. Frau Schmidt, bitte.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Hahn, ich weiß nicht, ob Sie das System des Parlaments kapiert haben. Es gibt weder Unten noch Oben; wir alle sind gewählt, um für die bayerischen Bürger das Beste zu tun. Wir haben vielleicht Meinungsverschiedenheiten, aber es gibt kein Unten und Oben. Es geht um jeden einzelnen Bürger.

Sie erzählen, dass die meisten, die an COVID-19 sterben, über 80 Jahre alt seien, und sind anscheinend der Meinung, dass wir auf diese verzichten können. Ich habe

keine Ahnung, wie Sie dies sehen, aber diesen Ton haben Sie hereingebracht. Schämten Sie sich!

(Beifall)

Meine Oma wird heute 93 Jahre alt. Sie hat zwei Töchter, sieben Enkelkinder, neunzehn Urenkel und drei Ururenkel. Ich möchte Ihnen eines sagen: Mein Vater ist 80 Jahre alt und hat eine Asbestlunge, weil er auf dem Bau gearbeitet hat. Wollen Sie ihm den Schutz absprechen? Wie sprechen Sie mit uns? – So geht es nicht! Es geht um die Verantwortung gegenüber den Menschen!

(Beifall)

Das ist unsere Aufgabe hier.

Sie sprechen auf einmal über Impfstoffe; ich wusste gar nicht, dass Sie das interessiert. Sie halten doch sowieso nichts vom Impfen. Sie haben immer gesagt, Corona mache nichts. Dann arbeiten Sie doch mal eine Woche auf einer Corona-Station ohne Schutzmaske und anderen Schutz und schauen,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Schmidt, denken Sie bitte an Ihre Redezeit!

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): ob Ihnen Corona nichts ausmacht! Ich will von Ihnen auch gar keine Antwort. Jetzt fragen Sie nach Impfstoffen.

(Unruhe)

Bei Ihrem Bildungsstand zu Corona will ich keine Antwort.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Herr Hahn, Sie haben das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie haben ein wunderbares Buch geschrieben. Da waren Sie Robinson und allein am Amazonas unterwegs. Davon haben Sie Ihre Weltanschauung.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Schmidt, danke schön.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Das ist eine Anschauung der Welt, in der man alleine leben kann, aber nicht in einer Gesellschaft, in der es um den Schutz Einzelner geht, Herr Hahn. Danke schön.

(Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Schmidt. – Herr Hahn, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ich sage zwei Dinge dazu. Die AfD ist genau die Partei, die die Rechte und auch die Gesundheitsinteressen der alten Menschen hier im Parlament und draußen auf der Straße vertritt,

(Zurufe)

und wir lassen es uns nicht bieten, dass wir zehn Monate ein Katastrophenmanagement von Herrn Söder und Co. haben, bei dem genau diese alten Leute, die Schwachen, die Behinderten, die Menschen, die in Pflegeheimen sind,

(Zurufe)

bei dem genau diese Menschen eben nicht geschützt werden und überproportional sterben. Deshalb stehe ich hier. Deshalb gebe ich Ihnen Antwort. Deshalb sind wir von der AfD-Fraktion die einzigen, die hier überhaupt eine Art von Opposition aufbieten.

(Zurufe)

Die Kommentare der GRÜNEN, die wir gehört haben, und der dargebotene Schmusekurs sind eigentlich ein Trauerspiel. Insofern bin ich sehr froh und stolz, dass wir über-

haupt noch eine Gegenstimme zu diesem ganzen Corona-Wahnsinn darstellen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Fraktionsvorsitzende Florian Streibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Herr Streibl, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es mir auch so einfach machen wie Thomas Kreuzer und auf den Ministerpräsidenten verweisen, aber die Aussagen der AfD kann man wieder einmal nicht unkommentiert stehen lassen.

Sie sprechen von einem totalitären Klima der Angst, bringen einen DDR-Vergleich, sprechen von neuer Macht und davon, dass irgendwelche Informationen vorenthalten würden. Das war eine demagogische Rede erster Güte, die Sie hier gehalten haben.

(Beifall)

Was Sie hier abliefern, hat überhaupt nichts mehr mit Populismus zu tun. Das ist reinste Demagogie, wie sie auch teilweise in den USA betrieben wird und deren Auswirkungen wir diese Woche erlebt haben. Das sind Sie: Sie sind die Brandstifter, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Ich habe vielmehr den Eindruck, dass Sie die abergläubische Front Deutschlands sind, weil das, was Sie hier bringen, reinster Aberglaube, Mumpitz und Schmarrn ist.

(Beifall)

Glauben Sie, dass es uns Spaß macht und populär ist, Schulen zu schließen? Glauben Sie, dass es populär ist, Gaststätten zu schließen?

(Zuruf)

Glauben Sie, dass es populär ist, Hotels zu schließen? Glauben Sie, dass es populär ist, diese 15-Kilometer-Regel einzuführen? Glauben Sie, dass es populär ist, eine Sperrstunde und auch an Weihnachten eine Ausgangssperre zu verhängen? Glauben Sie, dass wir dies tun, weil wir meinen, dass uns die Leute dafür feiern? – Nein! Wir tun dies, weil es notwendig ist und weil wir die Gefahr erkannt haben, die von diesem Virus ausgeht. Diese Gefahr wird in der ganzen Welt erkannt, außer von Ihnen anscheinend.

(Beifall)

Wir tun dies auch noch aus einem ganz besonderen Grund, der uns und die meisten hier eint und uns gemein ist.

(Zuruf)

Wir gehen von der Würde und der Einmaligkeit jedes einzelnen menschlichen Lebens aus. Es ist egal, ob dieses menschliche Leben gesund oder krank, jung oder alt, arm oder reich ist. Wir gehen davon aus, dass dieses Leben wegen seiner Einmaligkeit geschützt werden muss. Das ist unser Auftrag. Das ist der Auftrag der Staatsregierung und dieses Parlaments.

Sie zeigen, dass Sie das eben nicht schützen wollen. Das haben Sie auch wieder in Ihren Worten verschleiern dargestellt. Sie haben irgendeine Verschwörungstheorie von irgendwelchen anderen, von Pharmakonzernen und weiß Gott wem, der plötzlich die ganze Welt verhext hat und dem wir auch erlegen seien. – Nein! Es gibt ein Virus, das in der Welt umhergeht, die Menschen krank macht und auch tötet.

Allein heute gab es 1.188 COVID-19-Tote in Deutschland. Würden wir Ihrem Plan und Ihrer Logik folgen, dann wären das in 365 Tagen 433.620 Tote.

(Zuruf von der AfD)

– Gab es schon! Das ist die nächste Lüge, die Sie hier verbreiten. Fangen Sie an, zu lesen und zu denken! Das wäre viel besser.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Maßnahmen, die die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen hat und die vom bayerischen Kabinett in dieser Woche bestätigt wurden, sind Maßnahmen, über die wir diskutieren können. Wir hoffen, dass diese Maßnahmen, sofern sich die Menschen daran halten, Wirkung zeigen werden. Klar, die 15-Kilometer-Regelung bei einer Inzidenz ab 200 ist eine Regelung, über die man streiten kann. Im europäischen und im weltweiten Kontext ist das jedoch eine äußerst humane und liberale Lösung. In anderen Ländern wird es anders gemacht.

(Zuruf: In China!)

Thomas Kreuzer und ich kommen aus der Alpenregion. Wir finden es gut, dass für die Landkreise mit einer Inzidenz über 200 die Möglichkeit eröffnet worden ist, sich für touristische Aktionen zu sperren. Das entspannt die Situation kolossal. An schönen Tagen können wir in den Bergregionen derzeit einen wesentlich stärkeren Tourismus als zu normalen Zeiten erleben. Dass hier kein Infektionsgeschehen möglich ist, kann ich bei den Bildern, die ich gesehen habe, nicht glauben. Dort wird weder auf Abstand noch auf die Regelung, dass sich nur zwei Haushalte treffen dürfen, geachtet. Deshalb ist zu befürchten, dass dadurch das Infektionsgeschehen vorangetrieben werden könnte.

Deswegen mein Appell an die Bürgerinnen und Bürger: Halten Sie sich an diese Regeln! Nehmen Sie diese Regeln ernst! Nur dann können wir die Zahlen wirklich drücken.

Der 31. Januar steht nun als Datum im Raum. Wir werden uns aber auch darüber hinaus mächtig anstrengen müssen, um die Zahlen zu drücken und wieder zu einer Inzidenz zu gelangen, die die Normalität, wie wir sie uns wünschen, zulässt. Das geht nur, wenn wir uns an die geltenden Regelungen halten und sie nicht dauernd für Blödsinn erklären und das Problem marginalisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Wort zum Impfstoff: Ja, der Impfstoff ist wichtig, und er ist da. Wir FREIEN WÄHLER haben immer gesagt, dass wir Lockerungen wollen. Wir wollen, dass die Wirtschaft wieder arbeiten kann. Wir wollen, dass die Leute wieder rausgehen können. Wir wollen, dass die Leute wieder in Gastwirtschaften gehen können. Dafür haben wir jetzt den Schlüssel in der Hand, und das ist der Impfstoff. Wir müssen zusehen, dass wir zügig impfen können und für jeden, der das möchte, eine Impfung parat haben. Unser Appell an die Bundesregierung und auch an Europa lautet: Es muss genug Impfstoff zur Verfügung gestellt werden, damit wir möglichst schnell wieder in ein normales Leben zurückkehren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich stehen auch Schule und Bildung vor großen Herausforderungen. Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten dafür, dass er klargestellt hat, dass die Lernplattform mebis nur ein Werkzeug in einem großen Werkzeugkasten der Bildung ist. Wir können dieses Werkzeug schärfen, aber hier ist nicht die Bühne für Schaukämpfe. Die Staatsregierung muss zusammenstehen und ihre Aufgaben mit allen Beteiligten bewältigen. Man darf sich nicht nur einen Beteiligten herauspicken. Aber nicht nur die Staatsregierung muss zusammenstehen. Ich erwarte das auch von den beteiligten Verbänden und Organisationen. Auch diese müssen mit an diesem Strang ziehen und sollten keine Steine in den Weg legen. Sie sollten an einer positiven Lösung mitarbeiten und nicht den Brunnen vergiften.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte allen Mitgliedern der Staatsregierung danken, die sich am Kampf gegen diese Pandemie beteiligen und unermüdlich im Einsatz sind. Diese Pandemie ist noch lange nicht überwunden. Wir haben aber die Hoffnung, dass in diesem Jahr der Durchbruch kommt und wir wieder zur Normalität kommen werden. Ich danke auch den Parlamentariern, die die Maßnahmen in unzähligen Sondersitzungen begleiten und Ratschläge geben. Ich danke aber vor allem dem medizinischen Personal, den Rettungskräften, den Ärzten und Pflegern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Krankenhäusern, die jetzt, auch in diesen Sekunden, um Menschenleben kämpfen und ihren Dienst für uns alle leisten. Eines müssen wir uns immer wieder bewusst machen: Im Kampf gegen diese Pandemie geht es immer darum, Menschenleben zu retten und Menschen zu schützen. So schlimm es ist, wenn wir einmal nicht in eine Gastwirtschaft gehen können: Kein Besuch einer Gastwirtschaft ist ein Menschenleben wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen uns bewusst machen: Wir befinden uns in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Deshalb müssen wir darauf achten, dass wir uns nicht mit kleinlichen Diskussionen gegenseitig das Leben schwermachen. Wir sollten vielmehr zusammenstehen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Wir sollten gemeinsam darum kämpfen, diese Situation zu bestehen und gestärkt aus dieser Situation hervorzugehen, auch wenn dies schwer ist. Daher mein Dank an alle Beteiligten im Bildungssystem, an die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern sowie die Schülerinnen und Schüler. Auch für sie ist das eine sehr schwere Herausforderung.

Meine Damen und Herren, allen, denen wirklich daran gelegen ist, diese Pandemie in den Griff zu bekommen und wieder zu einem normalen Leben, insbesondere zu einem normalen wirtschaftlichen Leben zurückzukommen, sage ich meinen herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, Gott schütze Sie!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Streibl. Wir haben zwei Interventionen: zunächst Herr Abgeordneter Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

Christian Klingen (AfD): Herr Streibl, ich möchte noch einmal auf diese Regelung mit dem 15-Kilometer-Radius eingehen, die die "Bild"-Zeitung als "15-Kilometer-Irrsinn" bezeichnet hat. Wenn in einem stark ländlich geprägten Bundesland wie dem Freistaat Bayern die Bewegungsfreiheit auf einen Umkreis von 15 Kilometern eingeschränkt wird, bedeutet das, dass die Menschen in ihren Grundrechten massivst beschnitten werden. Viele Bürger sind dann eigentlich zum Dorfarrest verurteilt. Sie können sich nicht draußen ertüchtigen und spazieren gehen, um eben nicht krank zu werden.

Herr Streibl, Sie haben in Ihrer Rede behauptet, dass es in den ländlichen Gebieten drunter und drüber gehe. Bei uns in der Rhön standen die Regelungen in der Zeitung. Die Polizei hatte alles im Griff und hat die Einhaltung der Abstandsregeln überwacht. Bei uns ist nichts passiert. Das ist der gestrigen Zeitung zu entnehmen. Was sagen Sie als FREIE WÄHLER, nicht als "Freie Quäler", zu den völlig unverhältnismäßigen und offensichtlich unnötigen Grundrechtseinschränkungen? Finden Sie es gerechtfertigt, dass nur entweder die Oma oder der Opa die Enkel oder Kinder sehen darf?

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Streibl, bitte schön.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, die 15-Kilometer-Regel bezieht sich nur auf touristische Aktivitäten. Fahrten zur Arbeit, zum Einkaufen, zum Arzt oder zum Besuch von Verwandten sind möglich. Von daher sehe ich zwar die Aufregung bei Ihnen, aber ich verstehe sie nicht. Im Umkreis von 15 Kilometern um meine Heimatgemeinde habe ich genug Möglichkeiten, um spazieren zu gehen oder an die frische Luft zu kommen. Deshalb gibt es hier keine besondere Einschränkung.

Zu den Maßnahmen: Ja, diese sind notwendig. Das müssen Sie einmal verstehen und kapieren. Ansonsten würde sich dieses Virus immer weiter ausbreiten. Wir wollen die-

ses pandemische Geschehen in den Griff bekommen. Dazu brauchen wir diese Maßnahmen, vor allem jetzt, nachdem es eine wesentlich ansteckendere Variante dieses Virus gibt, der wir Herr werden müssen. Von daher: Machen Sie lieber mit, statt dauernd dagegen zu reden!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Intervention hat sich Herr Kollege Maximilian Deisenhofer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Herr Kollege Streibl, zunächst einmal möchte ich feststellen: Berechtigte Kritik im Bildungssystem ist keine Brunnenvergiftung. Alle Akteure und Verbände werden dazu beitragen, dass es am Ende gut laufen wird.

Ein Wort zu mebis: Der Ministerpräsident und der Minister haben gesagt, nur 15 % würden mebis nutzen. Am 8. Oktober 2020 hat der zuständige Minister aber noch hier im Hohen Haus gesagt:

Ich sage ein Wort zu mebis: 1,3 Millionen melden sich bei mebis an. Mebis ist ein Erfolgsprogramm. Darauf sind andere Bundesländer neidisch.

Sind Sie immer noch der Meinung, dass die anderen Bundesländer neidisch sein sollten?

Sie haben von "Schaukämpfen" gesprochen. Am 16. und 17. Dezember hat der Schaukampf zwischen der CSU und den FREIEN WÄHLERN stattgefunden. Sie haben eine Pressemitteilung mit dem Titel herausgegeben: "Streibl: In einer Koalition stellt man sich keine Ultimaten!". Sie haben in dieser Pressemitteilung erklärt, in einer Koalition arbeite man zusammen und stelle sich keine gegenseitigen Ultimaten. Der Kultusminister hat gestern gesagt, dass es nie ein Ultimatum gegeben hat. Wie passt das denn zusammen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Fragen über Fragen, ob da eine Minute reicht? – Ich habe gesagt, in einer Koalition arbeitet man zusammen. Das zeigen wir auch, wir arbeiten zusammen. Also von daher ist das schon die erste Antwort.

Ob die anderen Bundesländer glücklich bzw. unglücklich darüber sind, dass sie kein mebis haben, das weiß ich nicht. Ich kann Ihnen aber sagen: In zehn Bundesländern gibt es Probleme mit den jeweiligen Lernplattformen: In Rheinland-Pfalz war das am 04.01.2021, in Berlin am 04.01.2021, in Thüringen am 17.12.2020 und am 05.01.2021, in Mecklenburg-Vorpommern am 16.12.2020, in Sachsen am 04.01.2021 und am 05.01.2021.

(Zurufe von der SPD)

– Manche dieser Länder haben sogar SPD-Kultusminister, die auch noch im Amt sind. Das ist ein beredtes Beispiel dafür, dass es überall Probleme gibt. Wir haben hier bei uns mit mebis aber ein Instrument neben vielen anderen Instrumenten, bei dem es zwar ruckelt – das hat auch der Minister mal gesagt –, aber in den anderen Bundesländern ruckelt es auch. Diese Plattform ist eigentlich nicht für diese Situation geschaffen worden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Zu dem ganzen Thema wird hernach auch noch meine Kollegin Eva Gottstein das Wort ergreifen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Herr Kollege Fraktionsvorsitzende Horst Arnold von der SPD-Fraktion.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum achten Mal diskutieren wir heute darüber, welche Zumutungen, Grundrechts-

eingriffe und weitere gravierende Einschränkungen wir der bayerischen Bevölkerung zumuten. Es ist deshalb gut, dass wir das hier und heute im Plenum des Landtags machen und nicht, wie das von Ihnen, der CSU und den FREIEN WÄHLERN, im Vorfeld beabsichtigt war, die Diskussion in die Ausschüsse abschieben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch gut, wenn wir uns nicht daran gewöhnen, derartige Grundrechtseinschränkungen als Normalität zu empfinden. Ich sage es ganz deutlich, auch bei der vermeintlich angeschnittenen Klein-Klein-Diskussion: Grundrechte sind in der Demokratie keine Privilegien, sondern sie sind fundamentale Voraussetzungen für das freiheitliche System.

(Beifall bei der SPD)

Wünschenswert wäre aber auch weiterhin, dass der Bayerische Landtag ein echtes Recht bekäme, diesen Verordnungen zuzustimmen. Derzeit bleibt es aber dabei, dass die tatsächliche Entscheidungsbefugnis nicht bei uns liegt. Interessant ist allerdings auch, dass es eigentlich nur meine Fraktion ist, die mit ihrem Dringlichkeitsantrag Versuche unternimmt, gestaltend auf diese zu erlassende Verordnung einzuwirken. Nur die SPD bringt Änderungen zur Verbesserung vor, während von den GRÜNEN und der FDP nur die Impfstrategie als solche erwähnt wird. Wir stimmen Ihren Anträgen zu, sind aber ehrlich gesagt enttäuscht, dass Sie die Gunst der Stunde nicht nutzen und zu dieser Verordnung im Antragswege nichts vortragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben wegen Corona weiterhin großen Anlass zur Sorge. Die Infektionszahlen bleiben hoch, ebenso die schweren Krankheitsverläufe und die Todeszahlen. Hinzu kommen die Meldungen über eine neue Virusmutation, die nach allem, was wir wissen, deutlich ansteckender ist. All dies beunruhigt uns sehr. Das macht eine Verlängerung tiefgreifender, sinnvoller und zielführender Maßnahmen weiterhin notwendig.

Was uns allerdings auch bekümmert und beunruhigt: dass die Akzeptanz der Corona-Vorschriften gefährdet ist. Laut einer vorgestern veröffentlichten Umfrage von SAT.1 bekunden zwei Drittel der Bürger Bayerns, sie hätten inzwischen den Überblick über die Corona-Regeln verloren. Das dürfen wir nicht weiter kultivieren. In dieser Situation sind Kontaktbeschränkungen und Maßnahmen auch weiterhin dringend notwendig. Diese Maßnahmen müssen aber tatsächlich dem Zweck dienen, die Infektion zu bekämpfen.

Wir reden viel von der notwendigen Eigenverantwortung. Wir sind dankbar dafür und loben, dass die meisten Menschen in Bayern diesen Weg immer noch mitgehen. Aber Vorsicht! Ansporn und Motivation gehen verloren, wenn eine immer aktionistischere Politik kaum nachvollziehbar betrieben wird, eine Politik, die den Glauben an Lösungen und an Perspektiven aushöhlt. Die generelle Notwendigkeit zu Handeln entbindet uns daher nicht davon, die Sinnhaftigkeit von Einzelmaßnahmen – von Einzelmaßnahmen, Herr Ministerpräsident! – kritisch zu hinterfragen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns also fortwährend fragen: Welches Ziel wird mit jeder einzelnen Maßnahme verfolgt? Kann das Ziel mit dieser Maßnahme erreicht werden? Gibt es andere Maßnahmen, die besser geeignet sind, die weniger stark eingreifen? Gibt es gegebenenfalls mildere Maßnahmen? Wie kann es gelingen, dass diese Maßnahmen nicht nur vermeintlich, sondern tatsächlich die unmittelbaren Pandemiefolgen eindämmen, auch die Folgeschäden für Gesundheit, Wirtschaft und unser soziales Zusammenleben?

Sie hören diese Abwägung vonseiten der SPD-Fraktion heute weiß Gott nicht zum ersten Mal. Es sind verfassungsgemäße Abwägungen notwendig. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Verfassung trägt keinen Alu-Hut. Meine Sorge ist, dass Sie, Herr Ministerpräsident, sich von ausgewogenen, ganzheitlich nachvollziehbaren, verhältnismäßigen sowie sorgfältig begründeten Maßnahmen zunehmend entfernen.

Dazu kommt dann noch eine oftmals verheerende Plan- und Strategielosigkeit. Als Stichworte nenne ich: Testungen, Nachverfolgungen, mebis. Das ist eine gefährliche Mischung. Herr Söder, ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich hatte eigentlich gehofft, dass Sie die Sinnlosigkeit einer landesweiten, flächendeckenden Ausgangssperre wenigstens dann einsehen, wenn sie in Kraft getreten ist, und dass Sie diese kritisch evaluiert hätten. Leider Fehlanzeige!

(Beifall bei der SPD)

Bis heute konnte mir niemand auch nur ansatzweise plausibel erklären, warum ein Jogger um 21:15 Uhr nicht mehr alleine unterwegs sein darf und warum ein Abendspaziergang, den man mutterseelenallein ausführt, ein Infektionsrisiko darstellt, zumindest solange man dabei ohne Hund ist. Hinzu kommt: Ihre ursprünglich hilfsweise Begründung, Bayern insgesamt sei mit einer Inzidenz von über 200 als Hotspot einzustufen, trifft Gott sei Dank nicht mehr zu. Wenn aber die Begründung für eine flächendeckende Maßnahme entfällt, dann muss doch auch die flächendeckende Maßnahme selbst entfallen. Das beantragen wir mit unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Doch anstatt zu sagen, okay, das bringt vielleicht nichts, die Begründung hält nicht, kommen Sie jetzt noch mit der 15-Kilometer-Radius-Regel. Ja, ich weiß, nicht Sie alleine, aber das macht eine schlechte Maßnahme auch nicht besser. Zur Wahrheit gehört aber auch: Niedersachsen, Baden-Württemberg und andere Bundesländer haben sich diese Empfehlung aus der Ministerpräsidentenkonferenz sehr viel gründlicher angeschaut und viel kritischer hinterfragt. Niedersachsens Ministerpräsident Weil hat darauf verwiesen, dass das OVG für derartige Maßnahmen eine gesonderte Begründung der Verhältnismäßigkeit angemahnt habe. Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann meint, man müsse erst einmal belastbare Werte bekommen, um darüber zu entscheiden. Sie selbst haben in Ihrer Pressekonferenz gesagt, die Werte kommen erst in zwei Wochen. – Deshalb sollte man auch in Bayern genauer hin-

schauen. Bei einem solch tiefgreifenden Grundrechtseingriff, bei diesen massiven Einschränkungen in die Freizügigkeit, in die Bewegungsfreiheit, ist doch die Frage zu stellen: Ist das noch verhältnismäßig? Was bringt das überhaupt? – Ganz konkret und als Beispiel: Wie lässt sich denn begründen, dass nahezu ganz Oberbayern einschließlich Münchens – ich gönne es Ihnen – nach dem aktuellen Stand ungehindert in den Bayerischen Wald reisen darf, in ein Hochrisikogebiet, wenn ein Passauer noch nicht einmal mehr in das benachbarte Hauzenberg fahren dürfte? Was ist denn damit gewonnen? Verhindern wir damit wirklich Ansammlungen von Menschen, oder werden die nur verlagert?

(Unruhe)

Vor allen Dingen: Wer soll das angemessen kontrollieren? – Das ist eine Zumutung für unsere Polizei, die heute selbst verkündet hat, dass sie mit dieser Vorschrift gar nicht zurechtkommt.

(Beifall bei der SPD)

Nun fragen Sie nach milderem Mitteln. Ja, ich nenne Ihnen mildere Mittel: Die Staatsregierung hat es schlichtweg versäumt, für die Tourismusregionen intelligente Konzepte zur Lenkung von Besucherströmen zu erarbeiten. Diese Versäumnisse müssen nun leider andere ausbaden. Sie begründen diese Regelung mit dem Wunsch, Tourismus zu unterbinden. Das passt aber nicht, wie gesagt, wenn ganz Oberbayern reisen darf, während umgekehrt einige aus Oberbayern gar nicht herauskommen.

Ich sage Ihnen jetzt ganz deutlich für alle Gesetzgebungsverfahren oder Vorhaben: Symbolgesetzgebung heißt für uns: Normen, die weder kontrollierbar noch durchsetzbar sind, taugen nichts. Sie irritieren und sind daher auch nicht zu erlassen. Auch das beantragen wir mit unserem Dringlichkeitsantrag. Wir wollen, dass die 15-Kilometer-Regel fallengelassen wird.

(Beifall bei der SPD)

Zum Bildungsbereich: Kurz- und langfristige Fehler heben sich hier, wie Sie möglicherweise gehofft haben, nicht gegenseitig auf, sondern verstärken sich auf besorgniserregende Art und Weise. Digitalisierung wurde über Jahre und Jahrzehnte hinweg trotz aller Lobpreisungen der Staatsregierung nicht nur im Bildungsbereich verschlafen. Herr Söder, das ist nach wie vor ein bayerisches Strukturproblem, das Sie schon aus Ihrer Zeit als Europa-, Umwelt- und Finanzminister bestens kennen.

Herr Streibl, wenn Sie unsere Forderung, dass eine für den Digitalunterricht gedachte Lernplattform in Zeiten von digitalem Unterricht auch tatsächlich zu funktionieren hat, als vermessen zurückweisen und dies, wie soeben – bestens präpariert – mit dem Hinweis verbinden, in welchen anderen Ländern es nicht funktioniert, dann erübrigt sich jeder weitere Kommentar zu Ihrem Wunsch: Gott mit dir, du Land der Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt auch für den Appell von Herrn Fachminister Piazzolo, die Plattform möge doch bitte möglichst zurückhaltend genutzt werden. Dass wegen dieser Versäumnisse der Staatsregierung auch noch die Faschingsferien ausfallen werden, haben wieder Schüler, Eltern und Lehrer auszubaden. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Das ist nichts anderes als eine Bankrotterklärung für die bayerische Bildungs- und Digitalisierungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Aber nicht nur Kritik! Was ist zu tun? – Ein wichtiges Thema in Sachen Bildung ist es, weitere Ungerechtigkeiten zu verhindern. Wir wissen zur Genüge, dass Bildung selbst in Normalzeiten viel zu stark vom Geldbeutel der Eltern abhängt. In der Krise hat sich diese Abhängigkeit leider noch einmal verschärft. Als SPD-Landtagsfraktion erneuern wir daher unsere Forderung, dass für jede Schülerin, jeden Schüler und auch für jede Lehrkraft ein digitales Endgerät, Zugang zu schnellem Internet und Zugang zu den Lernplattformen gewährleistet sein muss.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten werden einige abgehängt werden. Es muss also nach wie vor Bildungschancengerechtigkeit herrschen.

Für dieses Thema spielt der Förderunterricht in der kommenden Präsenzphase eine wichtige Rolle. Dafür müssen schon jetzt organisatorische und finanzielle Vorbereitungen getroffen werden. Das ist die Aufgabe. – Herr Piazzolo, Sie nicken; ich hoffe, dass das irgendwann auch tatsächlich einmal umgesetzt werden wird.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Pandemie ist leider nicht nur ein medizinisches, sondern ganz klar auch ein gesellschaftliches Problem. Kinder und Jugendliche gehören mit zu den Hauptleidtragenden dieser Pandemie. Dies betrifft Kitas und Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, ganz allgemein den sozialen Alltag. Kinder und Jugendliche leiden mit am meisten darunter, wenn sie andere Kinder und Jugendliche, Freundinnen und Freunde nicht oder zumindest fast nicht treffen dürfen.

Prof. Dabrock, der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, befürchtet entwicklungspsychologische Schäden, die in einer Generation sehr schwer zu beheben seien. Er spricht von drohender Traumatisierung. Ihr bezüglich der Kontaktbeschränkungen offenbar zugrunde liegendes Familienbild der 50er- und 60er-Jahre ist auch keine tragfähige Grundlage. In Bayern gibt es mehr als 40 % Single-Haushalte und ungezählte Patchwork-Familien. Die erste Corona-Welle hat das mehr als deutlich gemacht. Ich warne deshalb davor, die gleichen Fehler noch einmal zu machen.

Beifall bei der SPD

Natürlich muss sich das alles in verantwortlichem Rahmen bewegen. Die junge Generation hat aber bereits in überwiegendem Maße bewiesen, dass sie sich ihrer Verantwortung sehr wohl bewusst ist.

Gesellschaftliche Kontakte sind insbesondere für die Familien ein wichtiger Punkt. Wir beantragen deshalb, dass es bei der bisherigen Regelung bleiben möge: zwei Haus-

halte, fünf Personen mit Kindern unter 14 Jahren. Baden-Württemberg hat das mit den Kindern unter 14 Jahren übrigens auch schon gemacht. Wir beantragen das vor dem Hintergrund der Verantwortlichkeit, aber auch zum Schutz des gemeinsamen Zusammenhalts.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich sind bei all diesen Punkten Zusammenhalt, Augenmaß und Weitblick umso notwendiger. Undifferenzierte Holzhammermethoden bringen uns ebenso wie ausschließliches Fahren auf Sicht nicht weiter. Wenn wir Zusammenhalt sichern, Zuversicht schaffen und Zukunft ermöglichen wollen, dann reicht es bei Weitem nicht aus, gebetsmühlenartig den Bedarf an Umsicht und Vorsicht zu wiederholen.

Damit die Menschen mit berechtigtem Optimismus nach vorne schauen können, müssen wir jetzt auch in zwei weiteren wichtigen Bereichen Weichen stellen. Das sieht, wie in unserem Dringlichkeitsantrag ausgeführt, folgendermaßen aus: Corona-Impfungen und sicherer Aufbau der bayerischen Wirtschaft.

Die schnelle Entwicklung von Impfstoffen und die sehr guten Ergebnisse in der Erprobung haben vielen Menschen Hoffnung gegeben. Diese Hoffnung darf jetzt nicht zerstört werden. Auf allen Ebenen sind Fehler gemacht worden. Doch es ist jetzt nicht zu spät, diese Fehler zu korrigieren.

Herr Gesundheitsminister Holetschek – noch mal Glückwunsch –, eines können und müssen Sie ganz konkret tun: nämlich bayernweit möglichst bald eine einheitliche und praktikable Impfstrategie vorlegen, die zügig ein Ende mit dem regionalen Flickenteppich macht. Die Menschen müssen wissen, woran sie sind, wie der Zeitplan ist, wer wann wie drankommt und wie das dann in der Praxis abläuft und funktioniert. Das muss jetzt schnell angepackt werden, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Der letzte Punkt betrifft die bayerische Wirtschaft. Die bayerische Wirtschaft muss Perspektiven bekommen. Das darf nicht nur ein Reden darüber sein, dass man punktuell irgendetwas machen müsse; stattdessen bedarf es richtiger Perspektiven. Das heißt also mit anderen Worten: Ihre Aufgabe ist es, szenarienabhängige Öffnungsperspektiven zu erarbeiten, die auf den bisherigen und oft sehr aufwendig erarbeiteten Hygienekonzepten aufbauen. Das gilt übrigens auch für Kultur- und Kreativwirtschaft, für Gastgewerbe und Schaustellerei.

Genauso wichtig: Man muss sich schon jetzt ein künftiges Förderprogramm für die Städte überlegen. Das ist ganz wichtig; denn Corona schadet auch dem Zusammenleben in den Innenstädten. Wir müssen auch den Mangel an Wohnraum und all das, was damit verbunden ist, im Auge behalten. Auch hier müssen wir den Menschen Perspektiven und Hoffnungen geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sehen in diesem Zusammenhang ein, dass die Maßnahmen verschärft werden müssen. Wir wissen aber, dass, auch wenn man das nicht gerne hören möchte, die Verfassung Verhältnismäßigkeit gebietet. Wir sind der Ansicht, dass es die Maßnahmen im Freien nicht braucht, um gemeinsam, verantwortlich, zielführend und im Vertrauen auf unsere Bevölkerung, die sich an die Maßnahmen hält, entsprechend voranzukommen und die Pandemie zu besiegen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende der FDP, Martin Hagen. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wäre es nach CSU und FREIEN WÄHLERN gegangen, wären wir alle heute gar nicht hier. Wir wären noch in der parlamentarischen Winterpause.

Es war die Opposition des Bayerischen Landtags, die den Regierungsfractionen diese heutige Sondersitzung abgetrotzt hat. Werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, Ihre Vertreter haben uns noch am Montag erklärt, diese Sitzung brauche es eigentlich gar nicht, denn die Regierung würde lediglich die bestehenden Regeln fortschreiben und verlängern, dafür brauche es keine parlamentarische Debatte. – Am Dienstagabend einigten sich dann die Ministerpräsidenten bekanntlich nicht nur auf eine Fortsetzung des Lockdowns, sondern auch auf Verschärfungen, die in der Öffentlichkeit seitdem hochgradig kontrovers diskutiert werden.

Ein Glück, dass die Opposition im Landtag hartnäckig geblieben ist! Sonst fände diese Diskussion ausgerechnet im Bayerischen Landtag, ausgerechnet in der Herzkammer unserer Demokratie nicht statt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt Diskussionsbedarf. Wie mein Vorredner von der SPD, so haben auch ich und meine Fraktion an den neuen Maßnahmen erhebliche Zweifel. Wir stimmen dem Antrag der Regierungsfractionen deshalb heute auch nicht zu. Das hat insbesondere zwei Gründe.

Zum einen geht es um die Frage, welche neuen Erkenntnisse oder Entwicklungen wir denn jetzt Anfang Januar haben, die diese Verschärfung plötzlich notwendig machen. Was ist heute anders als noch vor vier Wochen? Im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz heißt es: "Eine präzise Einschätzung der Entwicklung des Infektionsgeschehens ist am Beginn des neuen Jahres außerordentlich schwierig." – Auf Deutsch: Wir wissen noch sehr wenig.

Ich habe Verständnis dafür, dass man angesichts dieser unklaren Datenlage von weitreichenden Lockerungen absieht. Mir fehlt aber das Verständnis dafür, auf Basis dieser unklaren Datenlage die Freiheiten der Menschen noch weiter einzuschränken. Grundrechtseinschränkungen nach Bauchgefühl sind inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Wir halten die neuen Maßnahmen für untauglich und alltagsfern. Sie werden nach unserer Überzeugung nicht die Infektionszahlen, sondern höchstens die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen senken.

Zu den Einschränkungen des Bewegungsradius in Landkreisen mit hoher Inzidenz: Nicht nur ich, sondern auch die Landräte von Regen, Freyung-Grafenau und Deggen-dorf fragen sich, warum Auswärtige zum Wandern in den Bayerischen Wald fahren dürfen, nicht aber Einheimische, die 15,5 Kilometer entfernt wohnen. Oder warum ist es besser, wenn Großstädter sich am Wochenende zum Spaziergehen oder Rodeln in den Grünanlagen der Stadt drängeln, als wenn sie sich im Umland verteilen? – Es kommt doch nicht darauf an, wie viele Kilometer jemand fährt, sondern darauf, dass er genügend Abstand zu anderen Menschen hält. Wenn Sie wirklich glauben, Ausflüge ins Grüne und Spaziergänger an der frischen Luft seien das Problem, dann schauen Sie sich doch mal an, was zu den Stoßzeiten in der Münchener U-Bahn los ist, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP)

Hinsichtlich der Kontaktbeschränkungen ist es derzeit wirklich notwendig, die Kontakte zu reduzieren. Aber die neuen Regelungen – private Zusammenkünfte werden nur noch im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstandes und mit maximal einer weiteren Person gestattet – schießen über das Ziel hinaus. Das gilt insbesondere, weil diese Regelungen anders als bisher jetzt auch Kinder einschließen. Das bedeutet, dass Kinder keine Freunde mehr sehen dürfen, wenn ihre Eltern dabei sind, übrigens auch nicht im Freien. Das bedeutet, dass Eltern gemeinsam mit ihren Kindern niemanden mehr besuchen dürfen. Die Großeltern dürfen auch nicht zu Besuch oder zur Unterstützung im Haushalt kommen, jedenfalls nicht gleichzeitig. Oma und Opa müssen dann abwechselnd im Wagen warten.

Diese verschärften Kontaktbeschränkungen sind familien- und kinderfeindlich, und die Regelungen werden den Praxistest nicht bestehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Ich wiederhole, was ich an dieser Stelle schon einmal gesagt habe: Es wäre besser, die wirklich wirksamen Maßnahmen einmal konsequent umzusetzen, als sich jede Woche neue Regeln auszudenken, die die Menschen am Ende dann doch nicht einhalten, weil sie einerseits nicht alltagstauglich sind und weil andererseits auch niemand mehr durchblickt, was denn jetzt gerade erlaubt ist und was nicht.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ohnehin unterhalten wir uns heute schon wieder hauptsächlich über neue Einschränkungen für die Bürgerinnen und Bürger. Wenn es um Einschränkungen geht, ist die Regierung immer sehr schnell bei der Hand. Ich würde mir wünschen, dass Sie ähnlich viel Engagement zeigen, wenn es darum geht, was denn der Staat zur Eindämmung dieser Pandemie leisten kann.

Wir hatten hier vor einem Monat eine Debatte, bei der die Staatsregierung endlich eine ganze Reihe sinnvoller Vorschläge der FDP aufgegriffen hat. Das waren überfällige Maßnahmen zum professionellen Management der Pandemie, zum Schutz vulnerabler Gruppen und zur Gewährleistung von Schulunterricht. Wir wollen jetzt einen Monat später wissen und stellen deswegen heute hier einen Berichts Antrag, was davon eigentlich bisher umgesetzt worden ist.

Konkret: Wie sieht es mit der Sicherstellung einer vollständigen Kontaktnachverfolgung aus – wo notwendig, mit personeller Verstärkung etwa durch Kräfte der Polizei und der Bundeswehr? Wie sieht es mit der bayernweit einheitlichen Verwendung des digitalen Programms SORMAS durch die Gesundheitsämter aus? Wie sieht es mit der Umsetzung des Wechsel- beziehungsweise Distanzunterrichts an den Schulen aus? – Herr Piazzolo zuckt schon zusammen. Am Montag läuft da ein Ultimatum des Ministerpräsidenten aus. Wie sieht es mit der Umsetzung der Schutzmaßnahmen für Alten-

und Pflegeheime, mit FFP2-Masken und Schnelltests aus? Und wie sieht es mit der Genehmigung von Homeoffice in allen staatlichen Dienstposten aus?

All das haben wir lange gefordert. All das haben Sie am 6. Dezember im Kabinett beschlossen. Die bayerische Öffentlichkeit, der Sie viel zumuten, hat ein Recht darauf, zu erfahren, inwieweit Sie Ihre Hausaufgaben erledigt haben, meine Damen und Herren. Deshalb mein Appell: Stimmen Sie unserem Antrag zu, und berichten Sie dem Landtag in der nächsten Sitzung, was Stand der Dinge ist!

Werte Kolleginnen und Kollegen, Ende Oktober hat die Staatsregierung den sogenannten Wellenbrecher-Lockdown beschlossen. Vier Wochen sollte er ursprünglich dauern. Inzwischen befinden wir uns im dritten Monat eines Lockdowns, der alle paar Wochen verschärft wurde und wird. Wir alle – oder fast alle – in diesem Haus sind uns einig, dass es Aufgabe der Politik ist, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden. Deswegen mussten wir den Anstieg der Infektionen bremsen. Deswegen wollen wir die Zahlen weiter senken.

Aber eines ist doch auch klar: Dieser Lockdown ist keine langfristig durchhaltbare Strategie. Er verursacht enorme gesellschaftliche, wirtschaftliche und psychologische Kollateralschäden. Wir müssen deshalb darüber sprechen, unter welcher Maßgabe irgendwann wieder eine schrittweise Rückkehr zur Normalität möglich ist, auch regional differenziert. Eine flächendeckende Inzidenz unter 50, die der Ministerpräsident als Ziel nennt, oder gar unter 25, wie Karl Lauterbach sie fordert, ist in diesem Winter unrealistisch. Es gibt aktuell in Europa so gut wie kein Land, das diesen Wert unterschreitet. Natürlich wünschen wir uns das. Natürlich wäre das eine feine Sache. Aber ich sage Ihnen, wie es ist: Wer das als Ziel festlegt, erklärt de facto nichts anderes als einen harten Lockdown bis weit ins Frühjahr hinein. Das wollen wir Freie Demokraten nicht.

(Beifall bei der FDP)

Die Infektionszahlen sind ein wichtiger Faktor. Aber die Inzidenz von 50 ist nicht die heilige Kuh der Corona-Politik. Wir müssen auch andere Kriterien mit in den Blick nehmen. Wir brauchen einen breiten, umfassenden Maßstab für unsere Politik. Wir treten jetzt durch den Start der Impfungen auch in eine neue Phase der Pandemiebekämpfung ein, übrigens eine wirklich beispiellose medizinisch-wissenschaftliche Errungenschaft. Das ändert die Situation; denn in dem Maß, in dem die Bevölkerungsgruppen mit einem besonders hohen Risiko für schwere Verläufe nach und nach durch Impfungen immunisiert werden, retten wir Leben und nehmen auch Druck von den Krankenhäusern.

Also setzen wir jetzt alles daran, mit dem Impfen so schnell wie möglich voranzukommen! Setzen wir die Impfstrategie zügig und professionell um – nicht mehr mit Camping-Kühlboxen, Herr Holetschek! Beziehen wir die niedergelassenen Ärzte besser ein, und loten wir auch Möglichkeiten aus, die Produktion von Impfstoff noch mal zu beschleunigen! Starten wir eine Aufklärungskampagne, damit die AfD mit ihren wissenschaftsfeindlichen Lügen bei den Menschen nicht durchdringt!

(Beifall bei der FDP)

Je schneller wir damit vorankommen, desto schneller schaffen wir auch eine Öffnungsperspektive für Gesellschaft und Wirtschaft. Diese Perspektive brauchen die Menschen in unserem Land ganz dringend. 2020 war ein Jahr der Krise. 2021 muss ein Jahr der Hoffnung werden.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürger, unsere autokratischen Bundes- und Landesregierungen set-

zen auch im neuen Jahr den Corona-Spuk fort. Nach einem Jahr des regierungspolitischen Totalversagens ist man auch Anfang 2021 immer noch nicht in der Lage, Risikogruppen effektiv zu schützen. Zwischenzeitlich wurden sogar Intensivbetten wieder abgebaut, obwohl doch während des ganzen letzten Jahres von einer zweiten Corona-Welle fabuliert wurde.

Diese mehr als skandalöse Politik wird schamlos fortgesetzt. Man nimmt weiterhin Kollateralschäden billigend in Kauf, die vor allem auch im Gesundheitswesen den Nutzen der politischen Maßnahmen um ein Vielfaches übersteigen. Nach wie vor sterben Menschen in Deutschland an desaströsen Hygieneverhältnissen in Krankenhäusern. Hinzu kommen zusätzliche Tote durch zu spät diagnostizierte und zu spät behandelte lebensbedrohliche Krankheiten, Suizide, zusätzliche Tote durch Missbrauch von Alkohol und anderen Drogen et cetera.

Herr Söder, die Schäden, die Sie mit Ihrer Politik anrichten, treffen vor allem die vulnerableren Gruppen in unserer Gesellschaft und unsere Kinder. Ihre Politik ist unsozial. Viele der gesundheitspolitischen Schäden werden auch nach der Pandemie nicht mehr zu reparieren sein. Deswegen kippt aktuell die Stimmung in der Bevölkerung.

Herr Söder, mit Ihren erneut verschärften Corona-Maßnahmen überspannen Sie den Bogen jetzt endgültig. Die Pfeile, die Sie erneut gegen unsere bayerischen Unternehmer, Künstler, Arbeitnehmer, Schüler, Studenten, Kinder, Familien sowie insgesamt alle unsere Bürger richten, werden sehr bald schon in Ihrem eigenen Fußrückenspeck landen. Was bitte soll eine nächtliche Ausgangssperre bringen? Was soll eine 15-Kilometer-Zone, wenn wir in Bayern trotz massiver Grundrechtseinschränkungen flächendeckend Risikogebiet sind? Wie soll eine Besuchsbeschränkung auf eine haushaltsfremde Person das Pandemiegeschehen positiv beeinflussen?

Hierzu ein konkretes Beispiel – Herr Arnold hat ein ähnliches Beispiel gebracht: Frau und Mann, geschieden, drei Kinder, die bei der Mutter leben. Die Kinder dürfen nach der aktuellen Verordnung nicht ihren Vater besuchen. Der Vater müsste seine Kinder

im Haushalt seiner geschiedenen Frau treffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen Sie wirklich eine derartig idiotische Verordnung mittragen?

Alle diese Maßnahmen dienen nur dazu, die Bevölkerung einzuschüchtern und zu drangsalieren. Schon der erste Lockdown hat mehr Schaden als Nutzen gebracht. Beim zweiten Lockdown im Herbst war es genauso. Wieso glauben Sie, dass es bei diesem Lockdown jetzt anders sein wird? Sie machen dieselben Fehler immer und immer wieder.

Herr Söder, was wollen Sie wirklich? Wollen Sie einen totalitären Polizeistaat? – Im Übrigen eine Bemerkung zu den USA: Ich glaube nicht, dass die Amerikaner eine Demokratie-Nachhilfestunde von Ihnen benötigen.

Seit Beginn der Pandemie hört man vonseiten einiger selbsternannter Demokraten aus allen politischen Parteien, totalitäre Regime täten sich mit der Pandemiebekämpfung leichter, weil sie alle Maßnahmen, ob sinnvoll oder nicht, willkürlich durchsetzen könnten. Diese Sympathiebekundungen gegenüber Kommunisten und Faschisten sind erschütternd. Fakt ist: Die Lebenserwartung ist in sämtlichen demokratischen Ländern wesentlich höher als in Diktaturen. Hören Sie also auf, unsere Bürger auf eine so ekelhafte Art und Weise zu manipulieren, meine Damen und Herren! Interessanterweise gab es temporäre Übersterblichkeiten im Jahr 2020 –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Markus Plenk (fraktionslos): – nur in Ländern mit harten Lockdowns, in anderen Ländern nicht. Denken Sie einmal darüber nach! Freiheit ist unser höchstes Gut, auch in Krisenzeiten.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Damen und Herren im Hohen Haus! Nicht die Fortsetzung und Verschärfung des Lockdowns ist das Gebot der Stunde, sondern endlich ein Strategiewechsel. Sie, sehr geehrter Herr Söder, lobpreisen Ihre Strategie des harten, noch schärferen Lockdowns mit der Fortsetzungsparole "Schutz der Alten und Schwachen". Wir sehen aber – und Sie könnten das auch sehen –, dass Sie genau das Gegenteil dessen bewirken, was Sie wollen. In den Alten- und Pflegeheimen sterben die über 70- und 80-Jährigen wie die Fliegen an Corona, so suggerieren es uns jedenfalls die täglichen Medienmeldungen, und Sie haben das heute auch erwähnt. Gleichzeitig ruiniert Ihre Politik die Lebensgrundlagen vieler unserer Mitbürger. Sie nehmen unseren Kindern die Zukunftschancen, Sie spalten unsere Gesellschaft, und Sie rauben mit Ihren Polizeistaatsmethoden freien Menschen die Lebensqualität und Lebensfreude. Die Polizei degradiert man zum Büttel eines CSU-geninfizierten Seuchendiktats. Man hat sich mit dem grundrechtsfeindlichen Infektionsschutzgesetz die demokratische Legitimation gegeben, aber die dubiose Kanzlerrunde, die diese verschärften Bevölkerungsschutzmaßnahmen beschlossen hat, hat mangels Verhältnismäßigkeit keine Legitimität.

Herr Söder, Ihnen und Ihrem Apparat fehlen offenkundig die Ideen. Wenn Sie doch welche haben, dann sind es die falschen. Das möchte ich Ihnen noch ganz kurz darstellen. Sie hatten eine falsche Idee – ich erinnere Sie – von der Katastrophe. Zweimal, im April und im Dezember 2020, haben Sie diese ausgerufen, wohlgermerkt grundlos; denn für die Feststellung des Katastrophenfalls fehlte die rechtliche Voraussetzung, nämlich die Allgemeingefahr von ungewöhnlichem Ausmaß, also die gefährliche Sterbeepidemie, die es nicht gab. Wie Wissenschaftler festgestellt haben, war das Jahr 2020 ein ganz normales Sterbejahr im Durchschnittsvergleich der letzten dreißig Jahre mit vielen Virusepidemien, mit einer durchschnittlichen Sterberate für Deutschland von 1 %. Die Todesfallzahlen begründen sich, meine Damen und Herren, in der Regel aus der allgemeinen gesellschaftlichen und demografischen Lage und unserer Überalterung. Ihre Idee, die Katastrophe festzustellen, war ein dramaturgischer Flop,

(Zuruf)

ohne Nutzen, aber teuer, Herr Söder; denn auch die Begründung, die Intensivstationen liefen mit Corona-Kranken voll und die medizinische Versorgung wäre damit nicht gewährleistet, ist falsch.

(Zuruf)

Zu keiner Zeit gab es einen Fall des Überlaufens, und wenn doch, hatten Sie die Katastrophe ausgerufen. Sie hätten doch Ihren Behördenapparat entsprechend zum Verteilen einsetzen können, damit dies nicht passiert.

(Zuruf)

Es ist aber auch gar nicht passiert. Wir haben immer noch Betten frei und eine Notfallreserve von über 1.000 Betten.

(Zuruf)

Das war also wiederum keine gute Idee. Jetzt begrenzen Sie die Mobilität der Menschen. Sie wollen sie weitere vier Wochen zu Hause einsperren. Sie meinen, das wäre notwendig, weil die Infektionsdynamik dadurch verringert würde.

(Zuruf)

– Nein, das ist falsch; denn wenn es so wäre, müsste die Corona-Sterblichkeit im dicht besiedelten Ballungsraum signifikant höher sein als in der Fläche. Das ist nicht der Fall. In mehr als der Hälfte der bayerischen Städte und Landkreise –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Swoboda, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – wurden mehr COVID-19-Tote pro 100.000 Einwohner registriert als in der Landeshauptstadt.

(Zuruf)

Lieber Herr Söder, denken Sie um!

(Zurufe)

Treten Sie aus Ihren Echokammern heraus, hören Sie auf kritische Stimmen der Fachwelt –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie wissen, was jetzt kommt. Bitte kommen Sie zum Ende. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – jawohl, ich komme zum Ende –, und meiden Sie die Scharfmacher in Bund und Land!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Swoboda, –

Raimund Swoboda (fraktionslos): Werden Sie wieder der Söder – –

(Das Mikrofon wird abgeschaltet – Zurufe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: danke schön für Ihren Redebeitrag. – Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Bernhard Seidenath. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Dringlichkeitsantrag, der Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN, bringt es erneut klar zum Ausdruck: Die Maßnahmen der Staatsregierung sind richtig. Wir stehen voll hinter diesen Maßnahmen. Weiterhin geht es darum, Menschenleben zu retten und die Grundrechte Leben und Gesundheit effektiv zu schützen. Wir sehen die Belastungen der Menschen, aber wir halten die Maßnahmen angesichts der Schwere der Bedrohung durch das Virus für geeignet, für erforderlich und auch für verhältnismäßig.

Das Robert Koch-Institut hat heute Morgen die Zahl der Todesfälle innerhalb von 24 Stunden mit 1.188 angegeben. Das ist ein bisheriger Höchstwert und ein trauriger Rekord – Rekord ist eigentlich ein viel zu positiv besetztes Wort, als dass man es hier verwenden sollte –, und es ist nicht ausgeschlossen, dass es noch schlimmer wird. Die Situation ist also weiterhin und zunehmend dramatisch. Das möchte ich vor allem Herrn Swoboda zurufen, der dies gerade verharmlosen wollte. Ich kann Ihnen berichten: Hier nebenan, im Klinikum rechts der Isar, musste letzte Woche eine möglicherweise lebensrettende Operation eines krebserkrankten Patienten verschoben werden, da kein Intensivbett für ihn zur Verfügung stand. Die Intensivbetten waren alle mit Corona-Patienten belegt.

Genau deshalb treffen wir diese Maßnahmen: um Menschenleben zu retten, und zwar auch das Leben der Menschen, die eine andere Erkrankung als Corona haben, die aber trotzdem medizinischer Hilfe bedürfen. Corona trifft alle Kranken. Corona trifft uns alle. Deswegen treffen wir diese Maßnahmen.

Wir müssen, meine Damen und Herren, unser Gesundheitssystem entlasten. Wir wollen den Pflegerinnen und Pflegern, den Ärztinnen und Ärzten zur Seite stehen und Ihnen unter die Arme greifen. Das geht nur, indem wir die Infektionsmöglichkeiten mit Corona weiter reduzieren. Die Ärztinnen und Ärzte sowie die Pflegekräfte brauchen eine Verschnaufpause. Die Zahlen sind in den letzten Wochen leider nicht in ausreichendem Umfang zurückgegangen. Wir haben gewusst und auch an dieser Stelle wiederholt gesagt, dass die Wintermonate schwierig und belastend werden. Jetzt geht es darum, durchzuhalten. Es geht darum, dass unsere Gesellschaft diese Zerreißprobe besteht. Wir müssen zusammenhalten. Nicht ohne guten Grund danken wir in unserem Dringlichkeitsantrag all denen, die über die Feiertage an Weihnachten und an Silvester sehr umsichtig gehandelt haben. Sie haben zugunsten anderer verzichtet. Sie haben Entbehrungen erduldet. Das ist rücksichtsvoll und solidarisch.

Aber es gibt auch Hoffnungsschimmer und Lichtblicke, die es bei unserer letzten Sitzung am 15. Dezember hier im Hohen Haus noch nicht gegeben hat. Am 27. Dezem-

ber haben wir mit den Impfungen begonnen, mit einem offenbar hochwirksamen Impfstoff, der offenbar auch sehr gut vertragen wird und mit dem wir gerade die Personengruppen schützen, die in Bezug auf das Virus am verletzlichsten sind. Auch gibt es neue Technik; Herr Kollege Benjamin Miskowitsch und ich waren gestern bei MAN. Wir haben ein völlig neu entwickeltes Corona-Testmobil anschauen dürfen. Es ist beeindruckend, was die Technik heute alles kann. Dieser Transporter ist ein fahrendes Labor, mit dem bis zu 16 PCR-Tests, also der Goldstandard, gleichzeitig gemacht werden können. Ein Test braucht 39 Minuten. Also sind es rund 20 Tests pro Stunde. Wenn bis zu fünf Tests gepoolt werden, sind es sogar bis zu 80 Tests pro Stunde mit einer Schnelligkeit wie bei einem Schnelltest, aber eben der Genauigkeit eines PCR-Tests – ein Lieferwagen, der in Hotspots, an Flughäfen eingesetzt werden könnte, der die Fahrer von Lastwagen an der Grenze prüfen könnte, ein mobiler Test in 39 Minuten. Das bringt noch mal eine ganz neue Qualität in unser Bemühen, Infektionen schnell zu erkennen und Infektionsketten gar nicht erst entstehen zu lassen.

Auch wenn die Situation dramatisch ist: Es tut sich etwas. Wir werden jeden Tag besser. Das Licht am Ende des Tunnels wird Tag für Tag größer. Es gibt Anlass zur Zuversicht.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an Melanie Huml sagen. Wir haben in den letzten siebeneinhalb Jahren, seit es den Ausschuss für Gesundheit und Pflege gibt, sehr gut, sehr vertrauensvoll und sehr konstruktiv zusammengearbeitet. Wir haben gemeinsam viel für die Gesundheit der Menschen in unserem Land erreicht, ebenso für die Pflege. Dafür möchte ich dir, liebe Melanie, von Herzen Vergelt's Gott sagen und für die neue Aufgabe alles Gute wünschen. Wir freuen uns natürlich auch, dass du mit den Themen Gesundheit und Pflege verbunden bleiben wirst.

Alles Gute – das ist ein gutes Stichwort –, eine glückliche Hand und Gottes Segen wünschen wir natürlich auch Klaus Holetschek. Er ist ein Parlamentarier wie aus dem Bilderbuch, ein Gesundheitspolitiker durch und durch. Ihm macht keiner etwas vor. Er

hört zu, und er entscheidet. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, da haben Sie eine hervorragende Wahl getroffen.

Der Ministerpräsident und die gesamte Staatsregierung machen das hervorragend. Wir werden gut regiert. Sie treffen die richtigen Entscheidungen, um uns durch die Stürme der Pandemie zu navigieren. Wie Sie alle wahrscheinlich habe ich um den Jahreswechsel herum viel telefoniert. Ich habe mit einem Freund telefoniert, den es nach Rostock verschlagen hat. Er hat mir berichtet, dass dort die örtliche Feuerwehr damit betraut wurde, die Impfungen zu organisieren. Der Feuerwehrkommandant hat gesagt – ich zitiere jetzt: Die Bayern machen uns vor, wie es geht. Wir sind halt leider nicht in Bayern.

Wir, meine Damen und Herren, sind in Bayern. Wir sind gut regiert, und dafür dürfen wir auch mal dankbar sein. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zu den Dringlichkeitsanträgen: Die FDP hat sich mal für einen neuen entschieden. Das ist die Hauptbotschaft des heutigen Tages: Sieh an, ein neuer Antrag von der FDP, also weg von der Teststrategie und alles auf Anfang. Ich könnte dem Berichts-antrag sogar zustimmen. Die Frage ist nur, ob es jetzt so wichtig ist, dass wir das alles erfahren, nachdem wir damit die wichtige Arbeitskraft der Menschen in der Gesundheitsverwaltung blockieren; denn sie müssten dafür auch die Daten liefern und haben nun wahrlich Wichtigeres zu tun. Einem Vorratsbeschluss für einen solchen Bericht würde ich sofort zustimmen. Aber Sie wollen den Bericht gleich, sie wollen ihn für das nächste Plenum.

Lieber Herr Fischbach, Ihre galligen und auch giftigen Zwischenrufe zeigen uns, dass es Ihnen eigentlich gar nicht darum gegangen ist, hier etwas zu verbessern, sondern es geht Ihnen um das Vorführen der Staatsregierung. Da haben wir jetzt wirklich Wichtigeres zu tun, und deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

Der Antrag der SPD ist aus vielerlei Gründen leider nicht zustimmungsfähig. Sie sagen letztlich, dass es wie bisher weitergehen soll. Es finden aber ganz offensichtlich immer noch zu viele Ansteckungen statt, noch dazu in einem zu großen Umfang. Die Maßnahmen sind schon jetzt zu wenig gewesen, und es wird erst recht zu wenig sein, um die noch ansteckendere Variante des Virus einzudämmen.

Letztlich hatte Ihnen schon der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung die Antwort auf Ihren Antrag gegeben: Halbe Sachen führen uns nicht zur Lösung.

Erst ab Mitte, Ende nächster Woche werden wir einen Überblick über die Zahlen haben, wie sie zu Weihnachten vorgeherrscht haben. Wir wissen auch nicht, wie hoch die Dunkelziffer ist. Deswegen ist kein Raum für Lockerungen, wie Sie sie vorschlagen. Deswegen müssen wir Ihren Antrag ablehnen.

Der Antrag der GRÜNEN gefällt mir von der Sprache her teilweise nicht. Sie sprechen von einem "desaströsen" Transport. Das wird den Geschehnissen in keiner Weise gerecht. Deswegen kann ich ihm auch von der Sprache, vom Duktus her nicht zustimmen. Gleichzeitig hat Herr Hartmann hier zu erkennen gegeben, dass er die 15-Kilometer-Regel nicht verstanden hat. Dabei hat es der Herr Ministerpräsident doch so hervorragend erklärt: Es geht darum, die Kontakte und die Mobilität einzuschränken. Denn es muss jetzt etwas passieren. Es muss mehr passieren. Da sind doch die weiten touristischen Tagesausflüge am ehesten verzichtbar.

Zudem bin ich der Überzeugung, dass wir keine zusätzlichen Impforte brauchen, anders als Sie es hier vorschlagen und fordern. Wir sind doch gut gerüstet. Ich nenne als Beispiel meinen Landkreis Dachau: Wir können planmäßig 300 Menschen pro Tag impfen. Wir könnten auf 1.000 Menschen pro Tag aufstocken, wenn der Impfstoff da wäre. Wenn das so käme, wären bis zum Herbst alle Landkreisbewohner über 16 zwei Mal geimpft. Alles, was Sie fordern, gibt es also schon. Eine Impfstoff-Taskforce gibt es schon. Der Herr Ministerpräsident hat es gesagt: Wir setzen alles daran, dass wir genügend Impfstoff nach Deutschland und nach Bayern bekommen.

Zum Antrag der AfD: Sie wollen gesetzlich garantieren, dass Nichtgeimpfte nicht diskriminiert werden. Wir haben doch aktuell wirklich andere Sorgen. Wir wollen möglichst viel impfen. Wir wollen möglichst schnell zurück zur Normalität. Wir sollen die Gaststätten wieder aufmachen, sobald es irgend geht. Wir brauchen kein Antidiskriminierungsgesetz zu schreiben. Das ist der falsche Fokus. Das würde unsere Bemühungen um ein rasches Ende der Pandemie konterkarieren. Wir setzen auf das Impfen. Mit Ihrem Vorhaben würden wir die Impfstrategie konterkarieren. Die Impfung ist und bleibt freiwillig. Das sage ich hier ganz deutlich. Ihres Antrags bedarf es nicht. Wir werden ihn ablehnen.

Was ich nicht unkommentiert stehen lassen kann, ist die Rede von Herrn Prof. Hahn. Er hat von einem totalitären Klima der Angst gesprochen. Er hat davon gesprochen, dass uns die Freiheit geraubt werde. Er hat von dem Überwachungsstaat gesprochen. Vor allem hat er einen Vergleich zur SED-Diktatur gezogen, der in keiner Weise angebracht ist. Herr Prof. Hahn, damit haben Sie die Opfer der SED-Diktatur verhöhnt. Ich weise das in aller Form zurück.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Heute hat sich gezeigt, was ich die letzten Male hier schon gesagt habe, als Sie gemeint haben, wir brauchen keinen Lockdown. Ich habe gesagt, dass mir das so vorkommt wie jemand, der in seinem Haus Brandbeschleuniger hortet, der noch dazu rumzündelt, der zudem noch verhindern will, dass die Feuerwehr gerufen wird, und sich hinterher als Erster beklagt, dass sein Haus abgebrannt ist. Genau das haben Sie heute gemacht. Auf den Zwischenruf von Frau Schmidt haben Sie gesagt, es sei eine Sauerei, dass die älteren Menschen alle gestorben sind.

Herr Hahn, herzlich willkommen, alle meine Prophezeiungen haben sich bewahrheitet. So, wie Sie es gesagt haben, geht es nicht. Ich bin wirklich hoch besorgt, denn Sie haben offenbar selber geglaubt, was Sie gesagt haben. Das Problem ist, dass uns bei dem, was wir hier besprechen, offenbar der kleinste gemeinsame Nenner fehlt. Sie

verstehen überhaupt nicht, was uns antreibt. Ich kann höchstens verstehen, warum bei Ihnen reihenweise die Leute aus der Fraktion austreten. Aber ich kann nicht verstehen, warum uns die kleinste gemeinsame Basis fehlt. Das macht mich traurig und besorgt.

Ich kann nur dem Herrn Swoboda, der jetzt aber nicht mehr da ist, zurufen: Es gibt eine Übersterblichkeit! Es gibt eine Übersterblichkeit, seit November. Das ist belegt. Er soll doch bitte mal diese Dokumente nachlesen. Dann würde er hier nicht mehr solche Reden schwingen.

Am Ende kann ich nur noch mal sagen: Corona ist eine Zerreißprobe für unsere Gesellschaft. Corona hat das Zeug dazu, unsere Gesellschaft zu spalten. Deswegen halten wir bitte alle zusammen, halten wir uns bitte weiter an die Regeln, um die Gesundheit und das Leben der Menschen in unserem Land zu schützen, um die Grundrechte zu achten! Gerade die Alten und die Vorerkrankten brauchen diesen unseren Schutz, diese unsere Solidarität. Halten wir zusammen, nehmen wir aufeinander Rücksicht, wie wir das an Weihnachten getan haben. Dann werden wir auch die schwere Zeit in den nächsten Wochen und Monaten überstehen. Das wünsche ich uns allen und danke Ihnen ganz herzlich fürs Zuhören.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Seidenath, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion vor.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Seidenath, Sie haben gerade gesagt, dass Sie dem FDP-Berichtsantrag nicht zustimmen möchten, weil – das habe ich herausgehört – wir die Regierung zu scharf kritisiert hätten. Das muss man sich wirklich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Weil wir als Opposition in einer Krise, in der es darauf ankommt, Probleme abzustellen, den Finger in die Wunde legen, wollen Sie den Landtag vor wichtigen Entscheidungen nicht informieren, bei denen es um

Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger geht, nämlich darum, ob sie eingeschränkt werden sollen oder nicht. Ich finde das unfassbar! Wie wollen Sie den Menschen in diesem Land erklären, dass Sie auf einer Halbwissen-Basis entscheiden möchten? Ich kann das nicht verstehen. Wir als Parlament müssen uns doch selbst ernst nehmen.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege, es geht uns nicht darum, Informationen vorzuenthalten. Sie sind oft anwesend; Sie können sich auch erkundigen. Uns geht es darum, in welchem Geist Sie diesen Antrag gestellt haben. Ich dachte zuerst, Sie wollen Ihrem demokratischen Recht nachkommen und sich informieren. Dann habe ich Sie gehört, gerade Sie, wie Sie vor der Regierungserklärung fast vor dem Herzinfarkt gestanden haben und sich über die Maßnahmen aufgeregt haben, die wir getroffen haben. Damit haben Sie gezeigt, dass es nicht um Information, nicht um ein konstruktives Weiterentwickeln unserer Politik geht. Sie wollen uns vorführen. Deshalb habe ich mir gedacht, dass man dem Antrag nicht zustimmen kann.

(Zuruf)

– Nein, Herr Fischbach, Sie haben alle parlamentarischen Rechte; diese können Sie auch wahrnehmen. Sie können zum Beispiel eine Schriftliche Anfrage stellen. Wenn Ihnen das wichtig ist, können Sie das machen. Sie brauchen uns hier aber nicht vorzuführen. Wir haben einen gewissen Anstand und Respekt voreinander und vor uns selbst. Wir brauchen uns nicht von Ihnen vorführen zu lassen. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Christina Haubrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unser Tor zurück in die Nor-

malität ist das Impfen. Worauf es im Moment am allermeisten ankommt, ist, dass so schnell wie möglich so viele Menschen wie möglich geimpft werden. Wissenschaftler haben in kürzester Zeit hochwertigste Impfstoffe gegen COVID-19 entwickelt, sie wurden in Rekordzeit zugelassen, und die Produktion läuft auf Hochtouren. Das ist der Lichtblick am Ende des Lockdown-Tunnels.

Oberstes Ziel ist es, Herdenimmunität zu erreichen, um Schritt für Schritt Freiheiten zurückzugewinnen. Damit dies gelingt, gilt es, den Impfablauf so zu optimieren, dass Impfungen reibungslos funktionieren. Ausreichend große Mengen an Impfstoff müssen gesichert werden, die Logistik muss funktionieren, für die Durchführung muss gesorgt sein. Pannen, wie es sie beim Impfstart gegeben hat, bei denen Kühlketten nicht eingehalten werden konnten, sind absolut inakzeptabel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fragwürdig ist, dass für den Transport Camping-Kühlboxen verwendet wurden, obwohl auch geeignete medizinische Boxen zur Auswahl standen. Es muss lückenlos aufgeklärt werden, wie es dazu kommen konnte. Wir wollen erfahren, wie das Logistikkonzept der Staatsregierung aussah und wie es aussieht. Dass wertvolle Impfdosen verworfen werden müssen, darf es in der jetzigen Situation nicht geben.

Das Gleiche gilt für die aktuellen Probleme bei der Dokumentation. Die Dokumentation ist ein wichtiger Bestandteil des Impfablaufs.

Eine weitere Baustelle ist, dass wir die Impfbereitschaft erhöhen müssen. Wir sehen gerade, dass nicht alle über 80-Jährigen und nicht alle Pflegekräfte von der Impfung überzeugt sind. Es braucht noch mehr Aufklärung bezüglich der wissenschaftlichen Fakten, der Auswirkungen der Impfung und vor allem deren Vorteile. Wir müssen den Menschen die Ängste bezüglich der Impfung nehmen und ihnen den Zugang zur Impfung so leicht wie möglich machen. Zielgruppenspezifische mehrsprachige und barrierefreie Aufklärungskampagnen sind hier die Schlagworte. Social-Media-Kampagnen sind wichtig, auch Plakationen und Videoclips. Um aber gerade ältere Menschen zu

erreichen, ist es besonders wichtig, diese auch noch persönlich anzuschreiben. Wir müssen die Hausärzte dafür gewinnen, für die Impfung zu werben; denn sie sind an den Patienten dran, und zu den Hausärzten haben die Menschen Vertrauen.

Auch die Terminvereinbarung ist für die älteren Menschen oft nicht ganz einfach. Nicht jeder 80-Jährige kann einen Online-Termin ausmachen oder ist bereit, ewig in einer Telefonhotline zu warten. Hier braucht es praktikable Lösungen. Wie schlimm wäre es denn, wenn gerade diejenigen Menschen, für die die Impfung am allerwichtigsten ist, an der Terminvereinbarung scheiterten?

Für die Umsetzung eines reibungslosen Impfablaufs stehen die Kommunen in der Pflicht. Diese haben in den letzten Monaten wirklich Unglaubliches geleistet: die Einrichtung der Impfzentren, die Beschaffung des Personals, die komplette Organisation vor Ort. Es ist wichtig, dass die Kommunen nicht im Stich gelassen werden, sondern höchstmögliche Unterstützung erfahren, dass sie ausreichend und frühzeitig mit Informationen versorgt werden, dass eine gute Kommunikation stattfindet, und vor allem, dass sie bei der Logistik in den Impfzentren unterstützt werden. Die Kommunen brauchen auch Unterstützung bei der Information über Impfmöglichkeiten. Wir brauchen einheitliche Strategien für alle Landkreise.

Nicht alles rund um die Impfung können wir in Bayern regeln. Was uns aber nicht weiterbringen wird, sind die ständigen Vorwürfe, was im Herbst oder Winter anders hätte gemacht werden können. Es gilt, nach vorne zu blicken, indem sich die Staatsregierung dafür einsetzt, dass auf Bundesebene endlich eine Impfstoff-Taskforce eingesetzt wird. Dieses Gremium muss transparent mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und mit Leuten aus den Ministerien besetzt werden, damit dafür Sorge getragen wird, dass die Impfstoffproduktion aktiv beschleunigt wird –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Christina Haubrich (GRÜNE): – und Engpässe frühzeitig erkannt werden. Das alles wird uns – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Christina Haubrich (GRÜNE): Ja, gut. Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER die Abgeordnete Eva Gottstein. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Ministerpräsident und liebe Ministerinnen und Minister! Eine alte Lebensweisheit ist: Wie lieb oder wie wichtig einem etwas ist, merkt man oft erst dann, wenn man es nicht mehr hat. So ist es uns in den Schulen ergangen. Ich habe noch nie glücklichere Schüler und glücklichere Lehrer gesehen und gehört als nach dem Frühjahrs-Lockdown, als die Schüler begeistert – dies ist wirklich nicht oft der Fall – in die Schule gegangen sind und die Lehrer froh waren, dass sie wieder in ihrem Beruf tätig waren. Das war so.

Genau vor diesem Hintergrund ist uns die Entscheidung natürlich schwergefallen. Natürlich kennen wir die wissenschaftlichen Aussagen von Ärzten, von Sozialarbeitern und von Psychologen, wie wichtig Schule ist. Trotzdem haben wir uns als Regierungskoalition entschieden, die Schulen für drei Wochen in den Distanzunterricht zu schicken. Dies ist schwierig für die Eltern, für die Kinder und für die Lehrer. Wir machen es, weil wir der Meinung sind, dass uns das Infektionsgeschehen keine andere Wahl lässt. Deswegen wird dies die richtige Entscheidung sein.

Etwas beruhigend kommt hinzu, dass wir immerhin auf fast zwölf Wochen Präsenzunterricht zurückblicken können. Die Schüler haben immerhin bis Weihnachten ein mehr oder minder normales Schuljahrdrittel erlebt. Über 90 % hatten ganz regulären Prä-

senzunterricht in der Schule, die ihnen dann teilweise natürlich nicht mehr so gut gefallen hat.

Natürlich wird in diesem Bereich viel kritisiert. Konstruktive Kritik ist immer willkommen. Es ist aber auch viel destruktive Kritik dabei. Die destruktive Kritik, die wir in diesen Tagen erleben, ignoriert völlig und – das ist das Schlimme daran – teilweise wider besseres Wissen, dass für Probleme im Zusammenhang mit WLAN, Breitband usw. letztendlich Entscheidungen vor langer Zeit verantwortlich sind, die das Geschehen dem Markt überlassen haben, weswegen wir hier nur schwer eine nachträgliche Reparatur vornehmen können. In der Kritik wird ignoriert, dass wir Datenschutzbestimmungen haben, die zu Recht bestehen, aber letztendlich machen es die Verhandlungen mit Firmen wie Google, Microsoft usw., die wir brauchen, schwierig und verzögern es, weil wir unsere Vorstellungen bei einem großen Partner einbringen müssen. Es wird ignoriert, dass wir letztendlich eine Vergabebürokratie seitens der EU haben, die es nicht so leichtmacht, große Aufträge für Laptops, Luftfilter usw. zu vergeben. Es wird auch ignoriert, dass es ein nicht einfaches Ringen war zwischen Freistaat und kommunalen Spitzenverbänden bezüglich der Betreuung der digitalen Geräte. Es müsste wesentlich mehr gelobt werden, dass wir da endlich zu einem Durchbruch gekommen sind. Das sind nämlich andere Bundesländer bei Weitem nicht. Es wird immer nur kritisiert und nicht das Positive gesehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Regierungskoalition und speziell das Kultusministerium hat in seinem Zuständigkeitsbereich die Hausaufgaben sehr wohl gemacht. Ich werde nachher den Herrn Fischbach hören, der aufgeht wie ein Luftballon. Dann lässt man die Luft raus, und es zischt alles raus. Es ist nicht richtig, was Sie nachher sagen werden. Die Hausaufgaben sind gemacht worden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Heiterkeit – Zurufe)

Nein, ich unterstelle Ihnen inzwischen auch eine gewisse Bösartigkeit, weil Sie nicht so dumm sind, nicht zu wissen, was alles geschehen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe)

Es sind die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden, es sind die finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden und es sind die pädagogischen Voraussetzungen geschaffen worden, sodass inzwischen ein guter Distanzunterricht und Wechselunterricht funktionieren kann. Das nehmen Sie bitte zur Kenntnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, war nötig. Die Regelungen sind im Übrigen bereits im Sommer, anders als in anderen Bundesländern, eingeführt worden. In der Schulordnung ist in § 19 Absatz 4 genau definiert, was wir unter Distanzunterricht verstehen. Wir haben eine Anwesenheitspflicht. Dadurch kann ich auch Schwänzen sanktionieren. Ich habe eine Einhaltung der Stundentafel, des Stundenplans, ich habe Hausaufgaben und – das ist mit das Wichtigste – den direkten Lehrer-Schüler-Kontakt vorgeschrieben. Der ist eben teilweise auch mit dem altmodischen Telefon zu gewährleisten, auch wenn Sie immer lachen. Wahrscheinlich werden Sie auch nicht alles per E-Mail machen. Wenn es Ihnen für den direkten Lehrer-Schüler-Kontakt genügt, dass es eine E-Mail mit Lesebestätigung ist oder dass ein Haken an der WhatsApp-Nachricht ist, uns ist das zu wenig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Durch die diversen Förderprogramme wurden die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, und es wurden die pädagogischen Voraussetzungen geschaffen.

Was mich an der ganzen Sache so aufregt: Es gibt eine klare Ansage zur Notbetreuung. Da brauchen Sie nicht zu kritisieren. Es gibt seit gestern eine klare Ansage zur Verschiebung von wichtigen Terminen. Es gibt eine klare Ansage zu den Vorgaben der Leistungsmessung. Aber Sie ignorieren eines völlig – da sind Sie anscheinend wirklich

noch nicht pädagogisch auf dem Laufenden – nicht nur Sie, sondern alle, die sich in diesem Fall dauernd auf irgendwelche digitalen Dinge konzentrieren: Bildung und Schule sind mehr als nur der Unterricht.

(Zuruf)

Auch der Distanzunterricht ist mehr als die digitale Wissensvermittlung. Noch mal: Der Distanzunterricht ist mehr als die digitale Wissensvermittlung. Dafür muss ich sorgen. Es gibt eine Lehrerpersönlichkeit, die ich mithinübernehmen muss in diesen Distanzunterricht. Das machen wir durch diese Vorschriften. Wenn Sie es immer noch nicht glauben, dann wollen Sie es entweder nicht lesen oder Sie haben es nicht gelesen. Es gibt drei Seiten, eine wunderbare Excel-Tabelle, die man vielleicht noch sortieren könnte, alphabetisch oder nach dem Schwierigkeitsgrad.

(Zurufe)

Auf jeden Fall sind zwölf Maßnahmen genannt, wie ich Distanzunterricht machen kann.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Da ist mebis nur ein ganz kleiner Teil. Es ist eine Lernplattform und nichts anderes. Dieses ganze "Rumgekotze", wenn ich das mal so auf bayerisch sagen darf,

(Zuruf)

auf mebis ist nicht angemessen. Ich empfehle drei Seiten!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich kann Ihnen über zwei Zwischenbemerkungen zwei weitere Minuten Redezeit anbieten, aber Ihre reguläre Redezeit ist nun abgelaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ist für mich Ende, oder muss ich warten?)

Für eine erste Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Margit Wild für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Margit Wild (SPD): Liebe Eva, du hast gesagt, dass ein Wechsel- und Distanzunterricht gelingen kann. Da habe ich, ehrlich gesagt, so meine Zweifel. Da helfen nämlich nicht drei Seiten Papier, sondern dafür braucht es ganz klar bestimmte Ausstattungen. Daran fehlt es schon mal.

(Zuruf)

– Jetzt rede gerade ich. Bitte ausreden lassen. Ich habe auch zugehört. – Damit ein guter Distanz- und Wechselunterricht gelingt, müssen Voraussetzungen erfüllt sein. Dafür braucht jeder Schüler und jede Schülerin erst mal ein Endgerät. Dann braucht man natürlich eine Plattform, egal wie die heißt, auf die man immer in einer einfachen Sprache und gut zugreifen kann. Dann ist Voraussetzung, dass der Schüler oder die Schülerin selbstständig ist und Unterstützung von der Lehrkraft bekommt. Das heißt, die Bildungsinhalte müssen alle digital zur Verfügung gestellt werden. Du machst mir doch jetzt nicht weis, dass wir da in Bayern so weit sind. Lies doch mal bitte schön die Verlautbarung der Kultusministerkonferenz, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin Wild, auch Ihre Minute ist abgelaufen.

Margit Wild (SPD): – wo man erst vor Kurzem im alten Jahr vereinbart hat, dass man bis 2025 alle Schülerinnen und Schüler und alle Schulen ausgestattet haben will. Das heißt, dass erst dann die digitale Bildungsinfrastruktur –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Wild!

Margit Wild (SPD): – vorhanden ist. Dann macht man doch bitte nicht so was weis.

(Zurufe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Gottstein, Ihre Antwort.

Margit Wild (SPD): Weil man weiß, dass der Distanzunterricht nicht funktioniert, hat man wohl auch die Ferien – –

(Das Mikrofon wird abgeschaltet)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Meine Uhr läuft. Margit, das ist unfair. Meine Uhr läuft.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin Gottstein, bitte.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Es sind nicht drei Seiten Papier, die theoretisch zusammengeschrieben worden sind. Es sind drei Seiten, auf denen aus den vorhandenen Möglichkeiten aller Schulen gesammelt wurde. Ich war selber überrascht, und jeder, der das gründlich liest, wird es auch sein. Man merkt an deinem Beitrag leider, dass du es nicht gründlich gelesen hast.

(Zurufe)

Wir brauchen nämlich keine Lernplattform für Distanzunterricht. Wir brauchen eine entsprechende Cloud. Das bietet eine Lernplattform sowieso nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Max Deisenhofer für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Gottstein, niemand bestreitet, dass auch die fehlende Kooperation verschiedener politischer Ebenen die Digitalisierung an den Schulen verzögert hat. Aber wir messen die politisch Verantwortlichen am Ende halt an ihren Worten. Wenn man sich bei einem Schuldigitalisierungsgipfel im Sommer breitbeinig hinstellt und den "Digitalturbo" verkündet oder wenn man hier im

Plenum im Oktober noch sagt, dass mebis so toll sei, dass uns die anderen Bundesländer darum beneiden sollten, dann muss es am Ende auch funktionieren. Wenn man es mal durchgeht: Nach den Versprechungen im Juli gibt es noch immer keine Förderrichtlinien für die Lehrerdienstgeräte und für die IT-Betreuung. Nach zehn Monaten gibt es zum ersten Mal Lasttests bei mebis durch externe Dienstleister. Wenn man sich die Ergebnisse alle anschaut, stellt man fest: Es gibt da eine große Differenz zwischen Taten und Worten. Das ist genau das, was wir kritisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Zum Letzten: Sie kreiden an, dass Förderprogramme so lange auf sich warten lassen. Sie sind aber die Ersten, die jammern, wenn sie nicht juristisch einwandfrei formuliert sind. Das braucht eben seine Zeit.

(Zuruf)

Die Förderprogramme zu Endgeräten, Lüftungsgeräten usw. sind in keinem anderen Ministerium so schnell entwickelt worden wie hier.

Das andere ist, dass Sie anscheinend nach wie vor nicht verstehen, dass mebis eine Sache ist, die gut und wichtig, aber nicht alleinseligmachend ist, und wir wesentlich mehr – ich möchte jetzt niemanden beleidigen –, vielleicht sogar bessere Möglichkeiten haben als diese Lernplattform.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch mal auf die Wichtigkeit unseres Antrags eingehen, weil er nicht einmal auf der Tafel aufgeführt ist. Die Staatsregierung wird hier aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, gesetzlich zu garantieren, dass private Unternehmen und Arbeitgeber den Zugang zu Dienstleistungen, Gütern oder der Arbeitsstelle nicht über die Abfrage des Impfstatus durch die Vorlage eines Impfpasses oder die Einsicht in das Impfreister regulieren. Eine Benachteiligung von Nichtgeimpften soll dadurch vermieden werden.

Herr Streibl, Sie haben vorhin gesagt, Normalität werde es hoffentlich mit der Impfung geben. Ich frage Sie, ob es dann mit der Freiwilligkeit vorbei ist. Der ehemalige Parteichef der CSU, "Drehhofer", sagte, eine Sonderbehandlung für Geimpfte käme einer Impfpflicht gleich. Wenn man daran denkt, wie oft er schon seine Meinung geändert hat, klingt das eher wie eine Drohung. Auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sprach sich bereits gegen mögliche Sonderrechte für Geimpfte aus. In einer Pressekonferenz sagte er aber auch: Wenn Sie zum Beispiel einer Impfverpflichtung das erste Mal nicht nachkommen, wird das Bußgeld ein anderes sein, als wenn sie sich zum zwanzigsten Mal verweigern. Er sagte übrigens auch: Mit dem Wissen von heute hätten wir Friseursalons und Einzelhandel nicht schließen müssen.

Meine Damen und Herren, von solchen Versprechen und Ehrenworten der Lobbyisten der Pharmaindustrie ist nichts, aber auch gar nichts zu halten.

(Beifall bei der AfD)

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz in Baden-Württemberg weist daher zu Recht auf Folgendes hin: Frei kann die Entscheidung für eine Impfung nur sein, wenn sie nicht durch die Gefahr von Diskriminierung überlagert wird. Frei heißt auch nicht frei im Sinne der FREIEN WÄHLER, die das machen, was ihnen die CSU sagt. Wenn Menschen ausgegrenzt und in ihrer Freiheit beschnitten werden, kann das nicht als positiver Anreiz gesehen werden, sondern das ist eindeutig Zwang.

Was können die Bürger dafür, dass wegen der verfehlten Einkaufspolitik der EU nicht genügend Impfstoff zur Verfügung steht? Was können die Bürger dafür, dass die Gesundheitsministerin die Impfstrategie nicht im Sinne der Auftraggeber auf die Reihe bekommt? Vielleicht hat sich die Ärztin und zweifache Mutter, Frau Huml, einfach nur an ihren hippokratischen Eid erinnert und wollte den Großversuch mit Leben und Gesundheit älterer Menschen nicht mehr mitmachen. Vielleicht ist sie deswegen zurückgetreten? Da passt es gut ins Bild, dass Frau Huml auf meine konkrete Anfrage zur Haftung für Impfschäden nur sehr ausweichend antwortete.

(Beifall bei der AfD)

Teil der Infrastruktur für Impfzentren soll ein sogenanntes Impfreister sein, in dem festgehalten wird, wem wann und wo welcher Impfstoff injiziert wurde. Der Zugriff auf diese personenbezogenen und besonders sensiblen Daten der Geimpften muss auf die behandelnden Ärzte beschränkt werden. Er darf nicht auf die Pharmaindustrie ausgedehnt werden.

Schon planen die ersten privaten Unternehmen, die Freiwilligkeit der Impfung zu unterlaufen. Die Fluggesellschaft Qantas will nur Fluggäste befördern, die einen Corona-Impfschutz nachweisen können. Der Dachverband der Fluggesellschaften IATA prüft derzeit die Einführung eines Impfreisepasses. Das bedeutet, nur wer sich den Impfstoff spritzen lässt, darf dann noch fliegen. Auch in der Veranstaltungsbranche überlegt man sich, nur diejenigen ein Konzert besuchen zu lassen, die eine COVID-19-Impfung nachweisen können. Derartige Pläne zerstören jegliche Hoffnung, in die freiheitliche Ordnung zurückkehren zu können.

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen gehen wir auf eine tief gespaltene Gesellschaft zu: hier die Geimpften, dort die Nichtgeimpften oder die, die noch nicht geimpft wurden. Freiheitsrechte dürfen nicht zu Privilegien einzelner Gruppen werden. Außerdem unterminieren solche Verstöße das Vertrauen in die Zusagen des Staates, keinen zur Impfung zu zwingen, er-

heblich. Genau dieser Staat hat aber die Freiheitsrechte seiner Bürger immer mehr eingeschränkt, ohne dass diese drakonischen Maßnahmen bislang einen messbaren Erfolg gezeigt haben.

Wenn wir es dulden, dass einzelne Unternehmen damit anfangen, Menschen aufgrund ihrer Gesundheitsentscheidung zu diskriminieren und auszuschließen, werden schnell weitere Unternehmen nachziehen. Wenn man davon ausgeht, dass eine Impfung zu maximal 95 % wirksam ist, hätten fünf von einhundert geimpften Personen einen Impfnachweis, ohne wirklich immun zu sein. Trotzdem gibt es kaum Erkenntnisse darüber, ob der Wirkstoff bei alten oder kranken Menschen wirkt. Das wurde in den klinischen Studien nicht geprüft. Unklar ist laut Hersteller Biontech auch, wie lange die Impfungen schützen und ob der Geimpfte das Virus noch weitergeben kann.

Übrigens lässt der Chef von Biontech vorsichtshalber weder sich noch seine Mitarbeiter impfen. Wenn die für Februar angekündigten Ergebnisse zeigen, dass Geimpfte ansteckend sind, wäre eine Ungleichbehandlung Geimpfter und Nichtgeimpfter erst recht nicht zu rechtfertigen. Daher kann die Lösung nur heißen, das Fragen nach dem Impfstatus nachdrücklich zu verbieten.

Freiheitsbeschränkungen wie die komplett unsinnige 15-Kilometer-Regel dürfen nicht zur neuen Normalität werden. Verschärft wird die Situation durch Überlegungen von politischen Akteuren, die den Druck auf die Bürger, sich impfen zu lassen, erhöhen wollen.

Wie kommt Ministerpräsident Söder dazu, in seiner Pressekonferenz am 06.01.2021 zu fordern, dass es erst dann eine Rückkehr zur Normalität gebe, wenn alle geimpft seien? Wenn sich die Produktion und Beschaffung der Impfstoffe weiterhin so verzögert, kann es also bis zum Sankt Nimmerleinstag dauern, bis alle Impfwilligen geimpft werden. Daher sollte gesetzlich festgelegt werden, dass der Impfstatus nur im Impfgister dokumentiert werden darf.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Ralf Stadler (AfD): Und diese Regelung sollte von strengen datenschutzrechtlichen Maßnahmen flankiert werden. Private Unternehmen dürfen nicht befugt sein – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ihre Redezeit ist abgelaufen, Herr Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Ja, passt schon.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Matthias Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man der Kollegin Gottstein folgt, ist das, was ich jetzt sagen werde, alles falsch. Ich bitte Sie aber, zum Faktencheck das Protokoll des Bayerischen Landtags vom 8. Oktober aufzumachen. Auf den Tag genau vor drei Monaten stand Staatsminister Piazzolo hier an dieser Stelle und sagte über mebis, es sei ein Erfolgsprogramm für Distanzunterricht; angeblich würden uns andere Bundesländer darum beneiden. 1,3 Millionen Schüler seien angemeldet, trotzdem wäre die Plattform im März einmal wegen eines Hackerangriffs in die Knie gegangen. – Damals hatte die FDP eine Aktuelle Stunde mit dem Titel "Bildung darf keine Zitterpartie sein: Probleme ehrlich benennen und endlich zuverlässig lösen!" beantragt. Das liegt drei Monate zurück.

Faktencheck: Was sagt der Staatsminister nun? – Inzwischen rät er zu Telefon und Schulbuch. Faktencheck, Frau Kollegin Gottstein: Hier ist das KMS, Sie können es gerne nachlesen.

(Beifall bei der FDP)

Gestern sprach der Minister von einer beinahe unnatürlich gehypten Debatte. Faktencheck: Bayerischer Rundfunk. Distanzunterricht sei nicht mebis. Faktencheck: Bayerischer Rundfunk. Was ist das für eine Haltung?

(Beifall bei der FDP)

Herr Staatsminister, sind Sie wirklich noch der Auffassung – ist er überhaupt noch da oder hat schon Frau Stolz seine Rolle übernommen? –, dass uns andere Bundesländer immer noch beneiden? Oder lachen sie schon längst über uns, weil das bayerische Bildungssystem gerade beim Anmeldeprozess einer – Faktencheck: Zitat des Ministerpräsidenten – uralten Lernplattform scheitert?

Meine Damen und Herren, Sie hatten jetzt neun Monate Zeit für einen Belastungstest. Sie sind nicht auf die Idee gekommen. Jetzt haben Sie ihn nach dem Zusammenbruch endlich durchgeführt. Die Ergebnisse liegen vor. Ich frage Sie konstruktiv: Wo sind denn die Lösungen? Sehen Sie immer noch so aus, dass die Schulen, wie es hier im KMS steht, ihren Schülern empfehlen sollen, mebis nicht oder nur nach Anweisung des Lehrers zu nutzen? Sehen diese Ergebnisse wirklich so aus, oder kann man das jetzt wieder rückgängig machen?

Das Ultimatum des Ministerpräsidenten verstreicht am Montag. Bis dahin müsste eigentlich alles funktionieren. Frau Gottstein, mebis allein reicht in der Tat nicht für einen guten Distanzunterricht. Wo ist aber Ihre Fortentwicklung? – Ich mache einen konstruktiven Vorschlag: In Norwegen gibt es schon seit Jahren eine hochwertige Open-Source-Plattform, die hochwertigen Unterrichtsinhalt bereitstellt. Dieser wurde subsidiär zusammengestellt. Wir lassen Sie mit solchen billigen Argumenten nicht aus der Verantwortung. Sie sind in der Verantwortung, und deswegen werden Sie auch kritisiert, wenn Sie etwas falsch machen. Wir bringen konstruktive Vorschläge.

(Beifall bei der FDP)

Herr Söder, Sie haben ausgeführt, es gebe zähe Abstimmungsprozesse. Zwischen den Bundesländern? Oder welche Partner haben Sie gemeint? Etwa mit dem Bund? Dort sind Sie übrigens mit in der Regierung. Diese Abstimmungsprozesse seien dafür verantwortlich, dass die Digitalisierung in Bayern so langsam sei. Ich erinnere Sie an die Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt. Diese wurde im Mai 2019 geschlossen – im Mai 2019! Wann durfte der erste Antrag in Bayern gestellt werden? – Das Formular war erst im Dezember 2019, sieben Monate später, online verfügbar. Sie haben das verschlampt! Sie waren zu langsam! Sie werfen uns vor, dass wir Sie dafür kritisieren!

(Anhaltende Unruhe)

Ich lasse das nicht zu! Es geht um die Schülerinnen und Schüler in diesem Land! Es ist echt nicht in Ordnung, was hier passiert! Ich rege mich darüber auf, weil es das auch wert ist.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege Fischbach. – Die Zwischenbemerkung ist zurückgezogen worden.

(Unruhe)

Es liegt noch eine weitere Wortmeldung des Abgeordneten Henkel vor; allerdings ist die Redezeit der AfD-Fraktion bereits aufgebraucht. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Beifall)

Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Ich lasse jetzt über die mitzuberautenden Dringlichkeitsanträge abstimmen.

Zunächst lasse ich über den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN betreffend "Corona-Infektionsgeschehen zwingt auch

zu Beginn des Jahres 2021 zu weiterer Geduld und Disziplin – Verlängerte und nachgeschärfte Maßnahmen zur entschiedenen Senkung der Zahl der Neuinfektionen und für ein weiteres Funktionieren des Gesundheitssystems" auf der Drucksache 18/12242 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der AfD, der SPD und der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Swoboda. – Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Bayerische COVID-19-Impfstrategie optimieren" auf der Drucksache 18/12243 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Keine Abfrage des Impfstatus – Benachteiligungen verhindern" auf der Drucksache 18/12244 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. – Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Für eine Corona-Strategie mit Augenmaß und Weitblick" auf der Drucksache 18/12245 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄH-

LER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich noch über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Evaluation der Corona-Maßnahmen" auf der Drucksache 18/12246 abstimmen. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Wochenende.

(Schluss: 17:13 Uhr)